

(Beginn: 9.09 Uhr - Ende: 11.33 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 32. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister, sofern sie anwesend sind - einer ist ja immer da -, und besonders Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Heute steht die Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2018 auf unserer Tagesordnung.

Bevor wir die Tagesordnung festlegen, haben wir ein neues Ratsmitglied zu verpflichten. Herr Wolfram Baentsch wurde als Nachfolger für Herrn Beckamp, der sein Mandat niedergelegt hat, gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Herr Baentsch, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Alle Anwesenden bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben - auch die Gäste auf der Zuschauertribüne.

(Wolfram Baentsch [AfD] begibt sich zur Oberbürgermeisterin - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Baentsch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Wolfram Baentsch [AfD]: Das will ich!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Dresler-Graf, Frau Welcker und Frau Wolter entschuldigt.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Pohl und Herrn Thelen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen.

Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt. Zugesetzt ist die Anfrage der SPD-Fraktion unter TOP 3.1. Absetzungen haben wir heute nicht.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeitsanträge liegen keine vor.

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Zur Einbringung des Haushalts im Juli dieses Jahres haben Frau Stadtkämmerin Klug und ich gesprochen. Bei der Beratung und Verabschiedung des Haushalts hat, wie Sie wissen, traditionell die Politik das Wort. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten dazu abweichend von den sonst üblichen nur fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll dann natürlich auch die sonstigen Anträge und Beschlussvorlagen dieser Sitzung umfassen. In der Vergangenheit - das erinnern Sie sicher - sind wir dabei regelmäßig mit einer Rederunde ausgekommen.

Die Redezeit soll wieder nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das bedeutet für die Fraktionen von SPD und CDU eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Redezeit von maximal 20 Minuten, für DIE LINKE und die FDP eine Redezeit bis zu 15 Minuten und für die AfD eine Redezeit von maximal zwölf Minuten; für die Gruppen und Einzelmandatsträger ist jeweils eine Redezeit bis zu zehn Minuten vorgesehen. Sie können natürlich auch die Redezeit innerhalb einer Fraktion oder Gruppe auf mehrere Rednerinnen oder Redner aufteilen.

Ich möchte Sie zunächst fragen, ob Sie mit dieser Regelung einverstanden sind. Gibt es Wortmeldungen dazu?

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde mir meine Redezeit aufteilen! Aber das ist ja in Ihrem Vorschlag auch enthalten!)

- Ja, okay. - Dann nehme ich Ihr Einverständnis entgegen.

Abschließend frage ich, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe unter dem Tagesordnungspunkt 1 den Antrag der SPD-Fraktion auf. Herr Börschel hat als Erstes das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, er redet jetzt zu allem! - Gegenruf  
von Martin Börschel [SPD]: Ja, das habe ich so vor!)

**Martin Börschel** (SPD): Guten Morgen zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin, ich würde, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, wie üblich die Generaldebatte führen und mich nicht auf einzelne Anträge beschränken. Das wollte ich nur zur Sicherheit sagen, weil das bei dem Aufruf gerade etwas anders klang.

Ihr Angebot aufnehmend, möchte ich gerne meine Redezeit aufteilen und mich im ersten Block zunächst auf drei Komplexe beschränken, liebe Kolleginnen und Kollegen, die mir zum Eingang dieser Debatte wichtig erscheinen.

Zunächst möchte ich etwas zum Verfahren dieses Haushalts sagen - mit einem Dank an die Stadtverwaltung und alle diejenigen, die bei der Kämmererei und im Dezernat der Kämmerin für dieses Haushaltsverfahren verantwortlich sind. Selbst wenn man mit einzelnen Punkten des Haushalts oder auch mit der generellen Linie nicht einverstanden ist, soll und muss diese Arbeit gewürdigt werden. Das will ich an dieser Stelle für die SPD-Fraktion sehr gerne tun.

(Beifall)

- Gut; dann mache ich das jetzt einfach einmal als Vorsitzender des Finanzausschusses. Das darf ich offensichtlich im Sinne mehrerer tun. Dann mag das bitte bei der Stadtverwaltung so angekommen sein.

Ich möchte allerdings mit Blick auf das terminliche Verfahren der Kämmerin ausdrücklich den Rücken stärken. Sie erinnern sich vielleicht an ihre Einbringungsrede zum Haushalt. Die Stadtverwaltung hat es geschafft, den Beschluss des Rates zum Terminplan dieses Haushalts umzusetzen. Das finden wir gut, und das finden wir richtig. Mit Blick auf diesen vermeintlichen Pres-

tigerfolg war das aber vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein bisschen zu überambitioniert. Ich möchte uns allen miteinander sehr dringend raten und uns auffordern, da den Worten der Kämmerin Folge zu leisten, die ja sagt: Wenn man das Ganze dann zu überambitioniert macht, kommt man in ein Problem, weil Orientierungsdaten nicht vorliegen, weil es keine Probe-rechnung für das GFG gibt.

Darauf sollten wir beim nächsten Mal unbedingt achten. Wenn es mal ein bisschen enger wird, können die Millionen in einer solchen Schwankung beim GFG durchaus mal bedeutsam sein. Sie mussten beim GFG im Rahmen dieser Beratungen Korrekturen um insgesamt 35 Millionen Euro - mal nach oben, mal nach unten - vornehmen. Bei den Rekordsteuereinnahmen, die wir jetzt haben, war das vielleicht unproblematisch. Aber wenn es mal enger wird, wird es ein Problem. Insofern sollten wir da auf Ihre Worte hören, Frau Stadtkämmerin, und dem auch Taten folgen lassen.

Ich möchte mit Blick auf die Beantwortung unserer Anfrage zum Deckungsvorschlag der Jamaika-Koalition für ihre Haushaltsvorschläge durch die Stadtverwaltung allerdings auf Folgendes hinweisen - Frau Stadtkämmerin, das ist jetzt sozusagen eine tadelnde Bitte -: Das letzte Mal, dass ein Kämmerer Deckungsvorschläge für eine Haushaltsmehrheit gefunden hat, weil sie selbst nicht dazu in der Lage war, ist 13 Jahre her. Damals hießen der Kämmerer Soénius und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Bietmann. Damals war es üblich, dass die Politik wünschte und die Verwaltung lieferte.

Wenn man sich Ihre Beantwortung unserer heutigen Anfrage ansieht, stellt man fest, dass dieser Zustand wiederzukehren droht. Ich bitte sehr dringend darum, diesen alten Zustand nicht wieder einreißen zu lassen. Die Politik ist für ihre Deckungsvorschläge selbst verantwortlich - und nicht die Verwaltung. Das sollten wir hier gemeinsam festhalten, denke ich.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu dem zweiten Komplex, den ich zu Beginn ansprechen möchte. Dabei geht es darum, Sie an Ihren eigenen Aussagen zu messen. Wenn man sich alle Haushaltsreden der Jamaika-Koalition beim letzten Mal zu Gemüte geführt hat und noch einmal ins Gedächtnis ruft, erinnert man sich daran, dass sich ein Wort durch alle Reden zog - inklusive der Rede der Oberbürgermeisterin -, nämlich das Wort „Übergangshaushalt“. Damals war das Motto: Den

Übergangshaushalt 2016/2017 konnte man nicht anders machen; man musste ihn so aufstellen, wie er nun einmal war. - Mit Blick auf das, was kommen möge, wurden da diverse Sparrunden eingezogen. Dann sollte jetzt endlich der große Wurf kommen.

Wenn es aber einen Übergangshaushalt mit Blick auf das, was kommen möge, gibt, dann muss es dem Gedanken nach doch zwangsläufig ein eigentliches Ziel geben. Das Ziel sollte dieser Haushalt 2018 sein. In diesem Haushalt 2018 - so haben Sie es selbst gesagt - sollte ersichtlich sein: Wohin geht die Richtung? Wohin soll sich Köln entwickeln? Wohin will die Jamaika-Koalition diese Stadt führen?

Einige mahnende Worte aus Ihren Reihen habe ich noch sehr gut im Kopf. Herr Kollege Petelkau hat gemahnt, dass er kein erratisches Hin und Her von Sparen und Ausgeben wolle - Zitat -,

weil in einem Jahr ein Geldbetrag da ist und im Jahr darauf das Geld wieder fehlt, ...

Genau das tun Sie jetzt aber, Herr Kollege Petelkau. Mit Blick auf die Rekordsteuereinnahmen haben Sie Ihre Worte vom letzten Mal getreu dem Adenauer'schen Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ schlicht in die Tonne gekloppt und geben jetzt munter das aus, was Sie zu haben glauben, ohne Ihren eigenen Worten von damals Taten folgen zu lassen. Wenn das nicht erratisch ist, dann weiß ich es auch nicht!

Das heißt: Gemessen an dem, was Sie gesagt haben, werden Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

vor allem dann nicht, wenn Sie Daueraufgaben mit Einmaleinnahmen finanzieren. Auch das funktioniert nicht. Dazu habe ich aber auch mit Blick auf die Stadtverwaltung und die Kämmerin gerade schon etwas gesagt.

Herr Kollege Sterck hat damals als wichtiges Motto ausgegeben: Sparen mit Blick auf das, was kommt. - Sein Zitat, das mir am besten gefiel, war seinerzeit:

Dann wird es hoffentlich zu einer Aufgabenkritik und zu Einsparungen kommen. ... Im Vergleich dazu ist der jetzige Haushalt ein Kindergeburtstag.

Damit meinte er den Doppelhaushalt 2016/2017, den Sie selbst als Übergangshaushalt bezeichnet haben. Seine dringende Bitte an alle Koalitionäre und an die Stadtverwaltung war: Dann bitte Aufgabenkritik; dann bitte sparen!

Herr Kollege Sterck, wenn der damalige Haushalt mit Blick auf Ihre eigenen Ansprüche ein Kindergeburtstag war, dann ist dieser Haushalt bestenfalls ein Kaffeeklatsch zu Ihrem 80. und jedenfalls kein Kindergeburtstag. Das muss ich einmal ganz klipp und klar sagen. Er hat keinerlei Sex-Appeal und enthält keinerlei Richtung und keinerlei Vision, nur eine Menge Klein-Klein. Das möchte ich hier gleich zu Beginn festhalten.

Man kann ja das eine oder das andere tun. Das will ich zunächst einmal dahingestellt sein lassen. Wichtig ist aber, dass es eine Linie gibt, auf die sich sowohl die Stadtverwaltung als auch die Stadtgesellschaft einstellen können. Will man sparen, bis es quietscht, wie Sie angekündigt hatten? Oder will man investieren, was wir bevorzugen würden?

Sie sind aber durch diese Rekordsteuereinnahmen in Ihr altes Muster zurückgefallen: mal so, mal so; ein bisschen hin und her; allen wohl, keinem weh; jeder kriegt ein bisschen was, was ihm gerade gefällt.

Das ist viel, aber eben keine rote Linie und kein Ziel nach einem Übergang. Genau das kritisieren wir gleich von vornherein. Denn Sie planen ja, wie wir der Mittelfristplanung der Stadtverwaltung entnehmen, schon im nächsten Haushalt bei der Entnahmekquote den 5 Prozent gefährlich nahe zu kommen. Wir liegen jetzt bei ein bisschen mehr als 4 Prozent.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
4,4 Prozent!)

Das ist natürlich ein ordentliches Hin und Her und jedenfalls keine rote Linie. Und das muss man hier in Ihre Richtung eindeutig kritisieren.

In diesem Punkt schließen wir uns auch ausdrücklich der Industrie- und Handelskammer an, die sagt, es müsse auf jeden Fall einen Plan, eine Linie, einen roten Faden geben. Das hat sie uns gestern noch einmal geschrieben. Und den vermissen wir bei Ihrem Haushaltsentwurf.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion sind eindeutig der Meinung, dass Köln in seine Zukunft investieren muss. Wir haben in einem Bericht für den Rechnungsprüfungsausschuss jetzt noch gesehen - der *Kölner Stadt-Anzeiger* beschreibt das heute -, dass der Wert der Kölner

Infrastruktur Jahr für Jahr sinkt. Die Menschen spüren das auch - bei Schulen, bei Straßen, bei öffentlichen Gebäuden und bei Ähnlichem. Also ist das Gebot der Stunde doch, in die Infrastruktur Kölns und seiner Bürgerinnen und Bürger zu investieren! Wohnen, Bildung, Infrastruktur - das sind die Gebote der Stunde.

Auf diese Punkte muss ein Rat der Stadt Köln und muss eine Verwaltung einen eindeutigen Schwerpunkt setzen. Davon finden wir in dem Haushalt, den Sie heute beschließen werden, nichts. Das ist schade, und das kritisieren wir hier sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, den ich zum Beginn meiner Ausführungen vor die Klammer ziehen will, weil er wirklich beispiellos ist, betrifft die Akademie der Künste der Welt. Das ist - man kann das gar nicht beschönigen - wirklich ein ganz dickes Ding.

Die Oberbürgermeisterin und die Kämmerin haben gemäß einer geltenden Beschlusslage des Rates vollkommen zu Recht und jedenfalls mit unserer deutlichen Rückendeckung 1 Million Euro für die Akademie der Künste in den Haushalt eingestellt. Das ist gut und richtig und nicht zu kritisieren.

Die Jamaika-Koalition hat beim letzten Mal mit Blick auf die schwierige Anfangsphase der Akademie und die in der Folge entstandenen Rücklagen bei der Akademie gesagt: Wir kürzen einmalig den Zuschuss auf 700 000 Euro - ich erinnere noch einmal daran, dass Sie ja gesagt haben, beim letzten Mal mussten Sie sparen -, um das danach wieder auf den alten Stand zurückkehren zu lassen.

(Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

Und eines will ich Ihnen einmal sehr deutlich sagen: Auch Ihre Mitglieder im Aufsichtsrat der Akademie der Künste haben doch die Neuausrichtung, die jetzt gerade erfolgt, die diskutiert wird, einmütig und gemeinsam mitgetragen. Auch Ihre Mitglieder von CDU und Grünen haben doch im Aufsichtsrat der Akademie der Künste dokumentiert: Den Weg, den diese Institution - übrigens viel beachtet, nicht nur in Köln, sondern auch darüber hinaus - einschlagen will, finden wir richtig.

Dann muss man ihr doch auch die Möglichkeiten dazu geben. Aber was machen Sie wie ein Dieb in der Nacht? Statt mit den Menschen zu reden, die sich für die Akademie engagieren, statt ihnen

zu sagen, was Sie erwarten, gehen Sie in einer völlig heimtückischen und stillen Art und Weise hin und kürzen von hinten der Akademie das Geld weg. Sie ziehen dieser Akademie den Boden unter den Füßen weg.

Das ist wirklich in hohem Maße still und unanständig. Und das möchten wir hier ganz deutlich kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie mit der Neuausrichtung der Akademie inhaltlich nicht einverstanden sind, dann haben Sie doch bitte den Mumm und sagen das offen und ehrlich. Dann müssen Sie sagen: Wir wollen die Akademie abwickeln, weil wir sie für falsch halten. - Sie dürfen aber doch nicht so tun, als fänden Sie das eigentlich richtig, um ihr durch die kalte Küche den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Das geht überhaupt nicht.

Das ist übrigens ein Umstand, den Sie auf niemand anderen schieben können. Niemand anders ist für diesen beispiellosen Vorgang verantwortlich als die CDU, die Grünen, die FDP und die Ratsgruppe GUT, die das in diesem Haushalt so beschlossen haben.

Das wird überregionale Resonanz haben. Köln wird sich überregional blamieren. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin hat heute schon Stellung genommen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat sich geäußert. Alle befürchten, dass Köln in die Phase zurückfällt, in der es gerade in der Kulturpolitik von einer Blamage zur nächsten gestolpert ist.

Diesen Punkt müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen. Sie sind diejenigen, die diese nächste überregionale Blamage verursachen - und das nicht aus Versehen, sondern mit Absicht und Vorsatz. Das ist wirklich in hohem Maße skandalös.

Sie haben heute die Chance, diese Fehlentscheidung noch zu korrigieren. Wir haben einen Antrag dazu gestellt - unüblich für die Ratssitzung, aber die letzte Chance, um zu dokumentieren, dass Sie das als Fehler einsehen. Ich kann nur sehr hoffen, dass Sie heute diese Chance zur Korrektur nutzen, damit Köln sich nicht zum Gespött macht und damit wir diese überregionale Blamage uns und Ihnen allen ersparen können.

Das soll es für den Anfang gewesen sein. Wir sprechen uns später wieder. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute als Erstes einmal festhalten: Wir schreiben das Jahr 2017, in dem wir den Haushalt für das Jahr 2018 beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu gehört natürlich zunächst einmal der Dank an die Verwaltung - an die Oberbürgermeisterin und die Kämmerin, aber auch an alle anderen Fachdezernenten und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung - dafür, dass sie es geschafft haben, in diesem Jahr ein Novum für die Stadt Köln zu erreichen.

Dieses Novum ist nicht kleinzureden, meine Damen und Herren. Denn jeder, der sich einmal ehrenamtlich engagiert hat oder im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich unterwegs ist, weiß, wie wichtig Planungssicherheit für die Menschen ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie haben aber lange gebraucht, um das zu verstehen!)

- Herr Detjen, in der Vergangenheit hatten die haushaltstragenden Parteien hier im Rat mehrfach die Chance, das hinzubekommen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie auch!)

Erst Frau Reker hat es geschafft, diesen Zustand zu beenden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Unter ihrer Führung in der Verwaltung haben wir diese neue Situation erreicht. Sie ist wichtig für die Menschen draußen. Ich glaube, dass die Menschen auch verstanden haben, wer das hier geschafft hat.

Zum Zweiten ist an dieser Stelle am Anfang zu loben, dass wir auch erstmalig einen Haushalt haben, der wirklich inhaltliche Schwerpunkte setzt und der auch um Effekte bereinigt ist, die nicht umsetzbar sind. Denn in der Vergangenheit sind häufig Dinge geplant worden, bei denen die Verwaltung aber hinterher überhaupt nicht in der Lage war, sie in dem Haushaltsjahr - es war ja in der Vergangenheit immer schon das laufende Jahr - dann auch faktisch umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das ist etwas, was geschafft worden ist. Es sind Akzente gesetzt worden. Hier sind auch Punkte herausgearbeitet worden, wo in der Zukunft Investitionen getätigt werden und wo analog der Stadtstrategie entsprechende Schwerpunkte geschaffen werden.

Es ist auch denkwürdig, dass wir diesen Haushalt ohne Steuererhöhungen beschließen können. Es gibt Oppositionsparteien, die den Gewerbesteuersatz natürlich auch weiter nach oben ziehen würden - mit allen negativen Effekten und Implikationen in den Folgejahren. Denn wir haben in der Vergangenheit in vielen Städten und auch in Landes- und Bundesparlamenten lernen dürfen, dass nach jeder Steuererhöhung zwar das Aufkommen im ersten Jahr erst einmal nach oben geht, weil die Unternehmen und die Privaten keine Chance haben, darauf zu reagieren, aber spätestens im zweiten Jahr das Volumen dann meistens reduziert ist und neue Probleme geschaffen werden. Wir dürfen also festhalten: Wir nehmen keine Steuererhöhungen vor.

Wir nehmen auch - das war in der Vergangenheit unter der Führung der SPD ja häufiger der Fall - keine pauschalen Kürzungen vor. Es ist nicht mit dem Rasenmäher durch den Sozialbereich, den Kulturbereich oder den Sportbereich gegangen worden, sondern es ist von der Verwaltung Punkt für Punkt geprüft worden: Was ist wichtig für die Umsetzung der Stadtstrategie, und wo können Schwerpunkte gesetzt werden?

Diese Schwerpunktsetzung ist einer der wichtigsten Punkte. Die Verwaltung hat gerade bei den Investitionen einen spürbaren Schub in den Haushalt hineingeschrieben, sodass von der politischen Seite hier auch gar kein Nachholbedarf bestand und im politischen Veränderungsnachweis hier keine deutlichen Umstrukturierungen vorgenommen werden mussten.

Wir haben im Bereich Sicherheit und Ordnung Zusetzungen von 44 Millionen Euro an Investitionsmitteln.

Im Bereich Kinder und Jugendliche sind es 22 Millionen Euro.

Der Löwenanteil mit 135 Millionen Euro fließt in den Bereich Verkehr und ÖPNV. Das betrifft die Infrastruktur, die in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist. Denn nach 40 Jahren SPD-Regierung in unserer Stadt - die meiste Zeit waren Sie ja in irgendeiner Form beteiligt - haben wir genau diese Situation bei den Investitionen in Köln vorgefunden. Schauen Sie sich die Brü-

cken, die Tunnel und die Schulgebäude an! Das ist doch alles in einem katastrophalen Zustand.

Der Zustand ist auch aufgrund der Unterfinanzierung durch das Land so katastrophal. Denn in den letzten Jahrzehnten wurden den Kommunen - und dazu gehört Köln insbesondere - durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung viel zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt.

Das müssen wir jetzt in den nächsten Jahren abarbeiten. Wir werden dies auch abarbeiten, meine Damen und Herren.

Im Bereich des Verkehrs haben wir aus diesem Topf ja bereits erste Mittel verausgaben können und in diesem Jahr schon erste Erfolge erzielen können.

Der neue Rechner ist beschafft. Die ersten Ampelanlagen sind ausgetauscht. Ich gehe davon aus, dass dieses Programm in den nächsten Jahren so umgesetzt wird, dass unsere Verkehrsleittechnik dann auch wieder State of the Art ist. Ich glaube, dass das wichtig ist.

Auch Akzente im Radfahrwegenetz, die in den letzten Jahren zwar vielfach angekündigt worden sind, aber dann nicht umgesetzt worden sind, sind hier auf den Weg gebracht worden. Das ist ein wichtiger Punkt, der erforderlich ist, um das Verkehrskonzept Köln mobil 2025 auch vernünftig umzusetzen.

Des Weiteren fließen insgesamt fast 500 Millionen Euro investive Mittel in die Bereiche Bauen, Straßenbau und Brücken, Schulinfrastruktur, Kindertagesstätten, kulturelle Bauten, Sport, Sicherheit und soziale Einrichtungen. Das sind Schwerpunkte.

Vor diesem Hintergrund zu behaupten, wir hätten hier keine Strategie und würden nicht in die Zukunft investieren, ist schlichtweg Demagogie. Dem sollten wir nicht folgen, sondern einfach einmal die Zahlen sprechen lassen - gerade die Zahlen des Baudezernats. Schauen Sie sich einmal die Volumen an, die in den nächsten Jahren hier investiert werden!

Mit diesen Investitionen werten wir nicht nur das Stadtbild auf, sondern auch die Sozialräume. Das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir in unserer Stadt auch viele Teile haben, die grundsätzlich einer Erneuerung bedürfen. Auch hier setzen wir entsprechende Akzente.

Dass diese Verantwortung ernst genommen wird, ist das, was das haushaltstragende Bünd-

nis aus vier Parteien, die Frau Reker auch schon bei der Wahl unterstützt haben, nicht nur im letzten Jahr bei dem Doppelhaushalt ausgezeichnet hat, sondern auch in diesem Jahr ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, wir wollen hart an der Realität arbeiten und nicht irgendwelche Luftschlösser ausbauen.

Eine große Partei hat nach der letzten Sitzung des Finanzausschusses extra noch eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie erklärt hat, sie würde ein ganz gewaltiges Wohnungsbauprogramm auflegen. Dort wurde eine Größenordnung genannt, die den städtischen Haushalt schlichtweg überfordert.

Folgendes ist mir an dieser Stelle aber noch wichtiger: Wäre es ihr damit wirklich so ernst gewesen, dann hätte ich zumindest erwartet, dass heute in der Ratssitzung auch ein entsprechender Antrag vorliegt. Ich habe von einem solchen Antrag bis jetzt nichts gesehen. Vielleicht kommt er ja gleich noch als Dringlichkeitsantrag auf den Tisch.

Meine Damen und Herren, wenn man nur Showpolitik macht, dann ist man in der Opposition noch nicht angekommen. Das muss man auch entsprechend unterlegen. Und bei jeder großen Maßnahme gehört dazu, dass man a) das Programm beschreibt und b) natürlich auch dessen Finanzierung darstellt, anstatt nur blumige Worte zu machen.

Beim Thema Wohnen hakt es auch nicht daran, dass die Stadt Köln nicht genügend Geld bereitstellen würde. Aus dem bisherigen kommunalen Förderprogramm sind die Mittel ja gar nicht abgeflossen. Insofern scheitert es nicht am Geld.

Es sind andere Parameter, die in der Vergangenheit Entsprechendes verhindert haben. Insbesondere hat der vorherige Stadtdirektor durch seine beharrliche Weigerung, diese Verwaltung zu reformieren und die notwendigen Stellen bereitzustellen, entscheidend dazu beigetragen, dass der Wohnungsbau in Köln darniederliegt.

Die von Frau Oberbürgermeisterin geführte Verwaltung ist gerade dabei, mit dem Reformprojekt von Herrn Dr. Heinz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation unter Leitung des neuen Stadtdirektors diese Hemmnisse in der Verwaltung im Rahmen der Blockaden von Bauentscheidungs- und Baugenehmigungsprozessen abzubauen, sodass zukünftig in dieser Stadt schneller und besser gebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist eine wirkliche Maßnahme, um den Wohnungsbau in Köln anzukurbeln. Dafür stehen wir. Dafür steht auch dieses Haushaltsbündnis. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Ich möchte auf einen zweiten wesentlichen Punkt eingehen. Auch im Bereich unserer Kinder haben wir als haushaltstragendes Bündnis entscheidende Akzente gesetzt, indem wir hier weitere Fördermittel zur Verfügung stellen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal auf Folgendes hinweisen - wir haben das im Finanzausschuss schon einmal diskutiert -: Sie wollen weiter ein halbes Jahr Kindergartenbesuch beitragsfrei stellen. Gleichzeitig vergessen Sie aber, Geld auszugeben. Denn die 3,5 Millionen Euro, die Köln aus dem Kita-Träger-Rettungspaket des Landes bekommt, rechnen Sie als Einnahme ein, aber geben dieses Geld nicht entsprechend aus. Damit suggerieren Sie, dass Sie es dann an anderer Stelle einsetzen.

Das ist aber falsch. Wir brauchen nämlich einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die Träger in Köln Unterstützung bekommen. Denn es geht nicht nur darum, die bestehenden Träger zu erhalten. Vielmehr müssen wir auch neue Träger motivieren, weitere Plätze zu schaffen und auch in die Qualität der Plätze zu investieren.

Wir haben viele Gespräche mit Elternverbänden und mit Eltern geführt. Sie haben uns immer wieder gesagt: Momentan ist das drängendste Problem die Zahl der Plätze und die Qualität der Plätze - und nicht die nach Einkommen gestaffelte Gebühr, die die Eltern zahlen müssen.

An dieser Stelle haben die Qualität und die Quantität klare Priorität. Das unterstützen wir auch mit diesem Haushalt wieder, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Beschleunigungspaket, das wir für den Schulbau aufgelegt haben. Auch hier wollen wir die Blockaden der Vergangenheit aufbrechen und weitere Finanzmittel investieren. Denn in der wachsenden Stadt Köln ist es notwendig, die Gott sei Dank steigenden Schülerzahlen in den Klassen vernünftig zu betreuen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal etwas zu der speziellen Sauberkeitssituation an den Schulen sagen. Wir haben bei vielen Toilettenanlagen in vielen Schulgebäuden einen Instandhaltungsstau. Er wird jetzt sukzessive ab-

gebaut. Für diese Sanierung haben wir auch das entsprechende Geld bereitgestellt.

Jetzt in einem Antrag zu suggerieren, dass generell die Hygiene an den Schulen schlecht sei, ist aber das Falsche. Die Schulen werden einmal am Tag - das gilt für die Toilettenanlagen genauso wie für den Rest - gereinigt. Über die Qualität kann man sicherlich in einen oder anderen Fall dann noch einmal diskutieren. Grundsätzlich sollte ein Gebäude aber auch einmal am Tag gereinigt werden. Das ist etwas, was die Stadt leistet.

Weitere Reinigungsleistungen zu fordern, meine Damen und Herren, halten wir an dieser Stelle für überzogen. Zum einen - das ist der erste wichtige Punkt - ist diese Forderung nicht gegenfinanziert. Zum anderen - das ist der zweite wichtige Punkt - müssen wir uns auch einmal fragen, warum die Toiletten nach einem Morgen in dem Zustand sind, den man auf den Bildern teilweise sieht. Hier sollte das Thema „Erziehungsleistung an den Schulen“ einmal aufgegriffen werden. Schließlich ist die Sauberkeit - auch in anderen Gebäuden werden die Toilettenanlagen grundsätzlich nur einmal täglich gereinigt - ein wichtiger Punkt.

Für die Bereiche, die in der Vergangenheit nicht gereinigt wurden, wird es zusätzliches Geld geben. Das sind insbesondere die Fenster und andere Dinge, deren Reinigung hier noch einmal finanziell unterstützt wird. Genau das wollen wir.

Einen weiteren Investitionsschwerpunkt werden wir bei der Wirtschaftsförderung setzen. Hier wollen wir nicht nur die inhaltliche Struktur verändern, meine Damen und Herren, sondern auch zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung stellen, damit entsprechend auch neue Schwerpunkte gesetzt werden. Denn es ist ein altes Thema der CDU, dem sich die Reker-Koalition auch komplett angeschlossen hat, dass ohne neue Wirtschaftsbetriebe und ohne die Förderung der Wirtschaft die Finanzkraft der zukünftigen Haushalte nicht bewahrt werden kann.

Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir an dieser Stelle Schwerpunkte setzen. Wir unterstützen das weiterhin mit entsprechenden digitalen Investitionsprogrammen. Wir wollen hier gerade - Stichwort „E-Akten“ - elektronische Baugenehmigungsverfahren einführen und erleichtern. Das ist genauso wichtig wie die Schaffung einer WLAN-Struktur im öffentlichen Raum.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Ehrenamtlichkeit und dort insbesondere die Förderung von Sportvereinen. Gerade Sportvereine

haben einen großen Teil der Integrationsleistungen in den letzten Monaten und Jahren tragen müssen. Hier wollen wir ein Zeichen setzen, indem wir die Gebühren für Nutzungen von städtischen Hallen abschaffen. Das ist ein wichtiges Zeichen für das Ehrenamt. Genau hier wollen wir einen Schwerpunkt setzen.

Außerdem soll das Kunstrasenprogramm ausgebaut werden, und zwar mit zusätzlichen 2,5 Millionen Euro.

Die Baubeihilfen für Sportvereine bei Kleinstreparaturen in Höhe von 2 Millionen Euro sind ebenfalls sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen insgesamt bei der Sauberkeit im öffentlichen Raum zusätzliche Akzente setzen. Hier geht es nicht nur um die Grünpflege, sondern auch um die Attraktivierung von Plätzen in den Stadtbezirken.

Ein ganz wichtiger Punkt ist auch, dass in Verbindung mit dem Klimaschutzfonds, den wir einrichten wollen, die Punkte der Luftreinhaltung, die natürlich eng mit dem Zustand unserer Grünanlagen zusammenhängen, weiter gestärkt werden. Wir wollen über zusätzliche Baumpflanzungen einen positiven Effekt erzielen und über die energetische Sanierung von Gebäuden einen Beitrag dazu leisten, dass es in unserer Stadt lebenswerter wird. Das sind wichtige Dinge.

Den Bereich Kultur möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders hervorheben. Kultur gehört zu Köln dazu. Kultur ist einer der wichtigen Schwerpunkte. Wir setzen ganz dezidiert weiterhin Schwerpunkte in der freien Szene.

Einen Punkt haben wir in Kontinuität fortgesetzt. Da habe ich Ihnen eben schon widersprochen, Herr Börschel. Bei der Akademie der Künste der Welt haben wir bereits beim letzten Doppelhaushalt klar kommuniziert, dass wir die Akademie natürlich nicht schließen wollen, aber dass wir ein Dauerprogramm, das durch die städtische Seite angeschoben wird, in Höhe von 700 000 Euro für ausreichend erachten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Es war immer das Ziel, dass die Akademie sich durch Drittmittelinwerbung auch einen eigenen Beitrag erarbeitet. Diese Diskussion ist insoweit also keine neue Diskussion.

Da die Akademie über ausreichende Rücklagen verfügt, wird sie im Jahr 2018 auch mit dem von

uns zur Verfügung gestellten Betrag auskommen. Schauen Sie sich bitte die Zahlen an. Die Zahlen zeigen ganz klar, dass das Programm für das Jahr 2018 entsprechend finanziert ist. Insofern ist hier keine Notfallmaßnahme erforderlich, damit die Akademie auch weiterhin tätig sein kann.

In Bezug auf den Beitrag, den die Akademie zukünftig zu leisten hat, wenn sie weitere Dinge tun will, muss man dann auch die Diskussion führen, inwieweit Drittmittel für die Akademie eingeworben werden können, um das Volumen ihrer Tätigkeiten auszubauen. Das ist die Verantwortung der Leitung der Akademie. Da setzen wir auch sehr stark auf die neue künstlerische Leitung und vertrauen darauf, dass hier neue Impulse kommen und damit auch neue Fördergeber akquiriert werden können. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt.

Das haushaltstragende Bündnis steht zur Kulturstadt Köln. Wir haben viele Akzente - nicht nur für die Institutionen, sondern auch für die freie Szene - in guter und bewährter Tradition gesetzt. Das werden wir auch in den nächsten Jahren entsprechend fortsetzen.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. Bei der Verwaltung habe ich mich schon bedankt. Ich will mich aber auch bei den haushaltstragenden Kollegen und Kolleginnen aus dem Rat recht herzlich für die angenehme Zusammenarbeit und die angenehmen Gespräche der letzten Wochen und Monate bedanken.

Ich glaube, dass wir hier ein sehr gutes Paket für Köln auf den Weg gebracht haben, das klare Akzente für diese Stadt setzt und mit dem wir diese Stadt weiter voranbringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Jahn das Wort.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Guten Morgen! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es schon angesprochen: Wir beschließen heute etwas, was woanders normal ist. Wir beschließen nämlich einen kommunalen Haushalt nicht erst im betreffenden Haushaltsjahr, sondern ein Jahr zuvor.



Heute beschließen wir den Haushalt für das Jahr 2018 so rechtzeitig, dass auch die Bezirksregierung Köln unseren Haushalt noch in diesem Jahr genehmigen kann.

Heute realisieren wir auch das, was wir - damit meine ich die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP sowie die Ratsgruppe GUT - am 10. Mai 2016 beschlossen und auf den Weg gebracht haben.

Heute beschließen wir im Jahr 2017 den Haushalt für das Jahr 2018. Andernorts ist das normal. Hier ist es ein notwendiger und dringend erforderlicher Paradigmenwechsel - ein Paradigmenwechsel, den Henriette Reker in ihrem Wahlkampf angekündigt hat und der heute umgesetzt wird; ein Paradigmenwechsel, für den auch das Haushaltsbündnis steht.

Deshalb möchte ich mich auch meinen Vorrednern anschließen und an dieser Stelle erst einmal der Oberbürgermeisterin ganz herzlich danken. Gleicher Dank gebührt aber auch der Kämmerin Gabriele Klug sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die es mit ihrem Engagement ermöglicht haben, dass wir heute beschlussfähig sind. Ich bedanke mich auch bei den haushaltstragenden Fraktionen für die Beratung, die sehr konstruktiv, kooperativ und zielgerichtet war. Allen herzlichen Dank dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Haushalt 2018 verlassen wir den seit Jahren eingeschliffenen schlechten Modus, den Haushalt erst im laufenden Haushaltsjahr zu beschließen, und etablieren endlich ein strukturiertes Haushaltsaufstellungsverfahren.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Pst! Jetzt rede ich, und danach bist du dran.

(Heiterkeit)

Nun ist aufgrund der damit verbundenen Planungssicherheit eine vorausschauende Planung für die zahlreichen freien Träger und die städtischen Institutionen möglich. Wir waren es ihnen und nicht zuletzt der Bürgerschaft schuldig, aus dem Modus der vorläufigen Haushaltsführung, der Abschlagszahlungen und der Planungsunsicherheit herauszukommen und Normalität in das Haushaltsverfahren zu bekommen.

Trotz dieses Paradigmenwechsels setzen wir die 2016 eingeschlagene Linie fort.

Wir nehmen keine Steuererhöhungen vor und behalten verlässliche Verhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger sowie die heimische Wirtschaft bei.

Die Konsolidierung wird fortgesetzt. Die Entnahmekquote wird deutlich verringert und liegt jetzt bei 2,47 Prozent.

Wir wissen aber auch, dass das Haushaltsjahr 2019 kein Spaziergang wird und herausfordernd sein wird. Die veranschlagte Entnahmekquote - Martin Börschel sprach es an - von 4,4 Prozent zwingt uns, auch weiterhin nachhaltig zu haushalten und den Weg der Konsolidierung fortzusetzen.

Den politischen Veränderungen und Schwerpunktsetzungen lag immer der Grundsatz zugrunde, den Ergebnisplan 2018 nicht zu verschlechtern. Unsere Veränderungen von lediglich knapp 4,5 Millionen Euro bei einem Gesamthaushalt von fast 4,5 Milliarden Euro werden durch reale Einsparungen refinanziert. Somit wird eine Erhöhung des Fehlbetrages vermieden.

Diese 4,5 Millionen Euro sind bei dem gesamten Haushaltsvolumen eine Ausgabe von gerade einmal 0,1 Prozent. Dies liegt aber nicht daran, dass das Haushaltsbündnis keinen Einfluss nehmen will oder mutlos oder ziellos ist; dies liegt daran, dass von der Verwaltung schon zahlreiche politische Beschlüsse in den heute vorliegenden Haushalt eingearbeitet sind und bereits etatisiert wurden.

Ich kann also festhalten: Der Haushalt 2018 ist - auch mit den politischen Änderungen - so gestaltet, dass er genehmigungsfähig ist. Und das ist unser Ziel und muss unser Ziel sein.

Ein Haushalt ist aber kein Selbstzweck, sondern er steht für die materielle Ausgestaltung der Ziele, Schwerpunkte und Leistungen, die die Stadt erbringen will und erbringen muss.

Für uns Grüne war, ist und bleibt auch in Zukunft das Ziel die Gestaltung der wachsenden Metropole Köln. Das ist ein Schwerpunkt.

Dieses Wachsen einer Stadt, die für alle da sein soll, also für Jung und Alt, für Reich und Arm, kann nur gerecht funktionieren, wenn wir mehr Fahrt im Bau von bezahlbarem Wohnraum bekommen.

Die Bereitstellung von jährlich 33 Millionen Euro für eine städtische Wohnungsbauförderung bis

einschließlich 2021 ist da ein wesentlicher Baustein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Auch wenn die aktuellen, noch unter Rot-Grün beschlossenen Rahmenbedingungen des Landes sehr gut sind, was den geförderten Wohnungsbau betrifft - ich hoffe, dass sie unter der neuen Landesregierung weiterhin genauso gut bleiben werden -, müssen wir unser Engagement beim geförderten, aber auch beim preisgedämpften Wohnraum weiter erhöhen.

Mit dem Kooperativen Baulandmodell und der Grundstücksbereitstellung auf Basis des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen sind wir Grüne zuversichtlich, dass nun auch die notwendige Fahrt aufgenommen werden kann. Dies heißt für uns, auch mehr Urbanität zu wagen, dichter und höher zu bauen, ohne dabei den Anspruch auf städtebauliche Qualität und Baukultur zu verlieren.

Deshalb haben wir bei den Ämtern des Planungs- und Baudezernats zusätzlich 18 Planerstellen zugesetzt und verstärken somit deren Leistung. So setzen wir Grüne zusammen mit dem Haushaltsbündnis das Ziel „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ um.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Die SPD hat in einer Pressemitteilung kommunale Wohnungsbauförderung in Höhe von 500 Millionen Euro gefordert. Lieber Martin Börschel, vollmundige Äußerungen zu Menschenrechten dürfen nicht taktisch überzogen postuliert werden. Sie müssen verantwortungsbewusst eingefordert und umgesetzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Das Wachstum der Metropole Köln zu gestalten, heißt für uns auch, das beschlossene Konzept Köln mobil 2025 weiter umzusetzen und die finanziellen Rahmenbedingungen für diese Umsetzung zu schaffen. Wachstum heißt nach grüner Definition auch Veränderung. Wir stehen für einen umwelt- und klimaschutzorientierten Mobilitätsmix.

Deshalb wird das KVB-Busnetz kurzfristig gestärkt und ausgebaut werden.

Wir müssen die Menschen weiter motivieren, auf Bus, Bahn und natürlich auf das Rad umzusteie-

gen. Dies ist nicht nur gut für unsere Umwelt; das ist auch gut für unsere Gesundheit und die Gesundheit der anderen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur, zum Beispiel durch die sukzessive Gestaltung von bezirklichen Radverkehrskonzepten, stellen wir im Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung. Allein in 2018 sind einschließlich Verpflichtungsermächtigungen über 170 Millionen Euro im Teilplan „Straßen, Wege, Plätze“ eingestellt. Für die Unterhaltung von Straßen, Rad- und Gehwegen sowie die Attraktivierung des öffentlichen Raums sind im politischen Veränderungsvorschlag weitere 2 Millionen Euro zugesetzt, sodass im Jahr 2018 insgesamt 10,6 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Fünf neue Fahrradabstellanlagen, sogenannte Bike Towers, wollen wir an den Verkehrsknotenpunkten errichten.

Aber das ganze Geld bringt nichts, wenn die guten Konzepte nicht auch von Menschen in der Verwaltung bearbeitet und umgesetzt werden können. Das Verkehrsdezernat erhält deshalb 31 zusätzliche Stellen. Auch hier geht es darum, die Umsetzung der gefassten Beschlüsse zu forcieren.

Ein weiterer Schwerpunkt von uns, aber auch von der CDU ist der Klimaschutz - global, regional, lokal. In Bonn findet gerade die Weltklimakonferenz statt. Am Samstag war Köln Tagungsort der indigenen Völker, die einerseits massiv vom Klimawandel betroffen sind und gleichzeitig auch ein wichtiger Partner im globalen, regionalen und lokalen Klimaschutz sind.

Wir Städter können sehr viel zum Klimaschutz beitragen. Wenn wir es nicht schaffen, den kurzfristigen Gewinn vom langfristigen Nutzen zu unterscheiden, verlieren wir die Fähigkeit, existenzbedrohende Gefahren ernst genug zu nehmen. Um nichts Geringeres geht es beim Klimaschutz: um unsere Existenz und die unserer Kinder und die unserer Kindeskinde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Deshalb stärken wir konkret den kommunalen Klimaschutz. Erstmals wird ein Klimaschutzfonds mit 1,2 Millionen Euro aufgelegt, der in den Folgejahren mit zusätzlichen Mitteln fortgeschrieben werden soll - eine Forderung, die die Grünen schon lange haben. Mit der SPD war sie leider nie umzusetzen. Deshalb geht mein Dank

an die CDU, die FDP und die Wählergruppe GUT. Danke, dass ihr gemeinsam mit uns diesen Weg geht! Nur so ist es möglich, wirkungsvolle Maßnahmen wie die kommunalen Strategien zum Klimaschutz umzusetzen und einzuleiten.

Zudem werden wir 200 000 Euro für Sofortmaßnahmen zur Luftreinhaltung bereitstellen.

Nicht unerwähnt möchte ich auch lassen, dass wir 2018 die Fortschreibung des Programms „1 000 Bäume für Köln“ vornehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

500 000 Euro stehen zur weiteren Pflanzung von 750 Bäumen an Fehlstellen zur Verfügung.

Außerdem werden zusätzliche Mittel für die Pflege von Heidelandschaften und anderen landschaftsgeschützten Flächen sowie die Verstärkung des kommunalen Ökokontos für Kompensationsmaßnahmen bei Flächeneingriffen zu Verfügung gestellt. Das kommunale Ökokonto ist eine schwarz-grüne Initiative gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Die Gestaltung der wachsenden Stadt, der Klimaschutz: alles Schwerpunkte schwarz-grüner Politik und Schwerpunkte des Haushalts 2018.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau der Leistungen in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe.

Bereits 2016 haben wir die Übernahme der Tarifkostensteigerungen bei den freien Trägern beschlossen. Die Tarifkostensteigerungen werden auch in Zukunft ausbezahlt. Dies ermöglicht es den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, das kommunale soziale Netz stabil zu halten.

Gerade in Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und ihren Protest zum Ausdruck bringen, indem sie bei rechtspopulistischen Seelenfängern wie der AfD und anderen rechten Gruppierungen ihr Kreuzchen setzen, brauchen wir eine starke und engagierte Sozialpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Denn einer weiteren Spaltung unserer Stadtgesellschaft müssen wir entgegenzuwirken. Dies ist unser allerwichtigstes Ziel in einer lebendigen Demokratie.

Die Förderung der Integration von Zugewanderten und Geflüchteten darf auch bei sinkenden Flüchtlingszahlen nicht abbrechen. Mein Dank gilt da allen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die sich täglich dafür engagieren. Aber sie brauchen auch Unterstützung, Koordination und Mittel, um ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit fortsetzen zu können.

Im Haushalt 2018 setzen wir uns auch für die humanitäre Hilfe für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung ein. Viele von ihnen sind drogen- und alkoholkrank. Die aktuellen Anlaufstellen können nicht die adäquaten Hilfen anbieten, die sie brauchen. Mit 700 000 Euro stellen wir Geld zur Stärkung dieser Anlaufstellen zur Verfügung - für Sozialarbeiter, Sprachmittler und Streetworker. Denn diesen Menschen muss geholfen werden. Das alleinige Vertreiben ist weder human noch nachhaltig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Haushalt 2018 setzt aber auch noch einen anderen Schwerpunkt im Bereich Soziales, und zwar bei den Kindern und Jugendlichen dieser Stadt. „Damit aus kleinen Pänz große Demokraten werden“ ist nicht nur ein knackiger Spruch mit Lokalkolorit, sondern ein Leitmotiv von uns. „Damit aus kleinen Pänz große Demokraten werden“ heißt, den Kindern und Jugendlichen Rahmenbedingungen zu geben, in denen sie sich entwickeln können, und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie sich beteiligen können.

Sowohl für den qualitativen Ausbau der Übermittagsbetreuung in den Jugendeinrichtungen als auch für den qualitativen Ausbau der Integration und der Inklusion an den offenen Ganztagschulen stellen wir jeweils 1 Million Euro im Haushalt zur Verfügung.

Kinder lernen - das weiß jeder, der schon einmal eine Einschulung miterlebt hat - von Natur aus gerne. Kinder und Jugendliche fühlen sich aber auch sehr gerne wohl in ihrer Umgebung, in der sie sich befinden. Wir tun das alle. Wer tut dies nicht? Ein Ort, an dem sich viele Kinder und Jugendliche nicht wohlfühlt haben und der oftmals auch Anstoß von Ekel war, sind unsere Schultoiletten.

Zur Instandhaltung der Toilettenanlagen in den Schulen steilen wir zusätzlich 1,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Aber auch die Sauberkeit in den Schulen war oft Anlass zur Klage. Deshalb verbessern wir mit

diesem Haushalt den Turnus der Reinigung von Fenstern und Schulgebäuden. Das heißt ganz einfach: Es wird öfters geputzt. Dafür stellen wir dieses Jahr 300 000 Euro und nächstes Jahr 400 000 Euro zur Verfügung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Nicht zuletzt möchte ich aber auch betonen, dass für uns die Sanierung und der Neubau von Schulen eine herausragende Aufgabe ist. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für den Haushalt 2018; es ist eine unserer dringendsten Zukunftsaufgaben.

Wir haben beim Schulbau und bei der Schulsanierung drei Herausforderungen gleichermaßen zu meistern: einerseits die heruntergewirtschaftete Schulinfrastruktur, gleichzeitig die wachsenden Schülerzahlen und nun den recht schnellen Umstieg von G 8 auf G 9.

Im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft stehen auskömmliche Mittel zu Verfügung. Die Herausforderung besteht nicht in der Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern in der Auflösung des Umsetzungstaus.

Hier haben wir ein Paket zur Stärkung der Gebäudewirtschaft beschlossen. Diese Beschlüsse müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Da sind wir zuversichtlich, weil wir auch entsprechend Fachpersonal zur Verfügung stellen und die Strukturen der Gebäudewirtschaft entsprechend stärken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Bernd Petelkau [CDU])

Köln - das hat Herr Kollege Petelkau auch festgestellt - hat eine lebendige Kulturlandschaft, in der die Vielfalt der Stadt mit all ihren Tönen, Bildern und Geschichten Ausdruck findet. Diese braucht es auch. Eine facettenreiche Kulturlandschaft ist kein bloßes Luxusgut. Sie stiftet Dialoge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, sie schafft Räume für Neues, und sie ist Nährboden für Kreativität. Kultur ist nicht bloße Unterhaltung; Kultur ist ein Motor für Entwicklung.

Dafür braucht es Orte. Die Orangerie ist ein solcher Ort, in dem Töne, Bilder und Geschichten ihren Ausdruck finden. Leider regnet es dort aber rein. Deshalb setzen wir nun 1,8 Millionen Euro für die seit langem gewünschte Komplettsanierung der Orangerie am Volksgarten ein. Damit wollen wir diese kulturelle Spielstätte nachhaltig sichern und erhalten.

Viele Kreative kommen nach Köln. Sie wollen hier leben und gründen in Köln Start-ups. Damit schaffen sie auch einen Nährboden für diese lebendige, dynamische und junge Stadt.

Daher soll im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft ein Kreativhaus unter städtischer Regie etabliert werden. Hierfür stehen 1,2 Millionen Euro im Haushalt. Ziel ist es, Co-Working-Space-Angebote und Kreativräume für die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft bereitzustellen.

Die dynamische Stadt mit ihren zahlreichen mittlerweile hippen Stadtteilen wie vor allem Ehrenfeld verliert aber auch viele wichtige kreative Räume. Räume, die Klub- und Musikkultur ermöglicht haben, Räume, in denen Subkultur sichtbar und hörbar wurde, sind oftmals die Aushängeschilder der Stadt. Was manchmal als Zwischennutzung begonnen hat, hat einige verwaiste Orte dieser Stadt zu Szenetreffs gemacht. Wenn die Angebote erfolgreich sind, stehen diese Kultureinrichtungen leider oftmals vor dem Aus. Das ist etwas tragisch. Gekommen, um zu gehen? Am deutlichsten wird dies gerade in Ehrenfeld.

Die Debatte, wie es mit unseren Kreativräumen weitergeht, haben wir auch im Mülheimer Süden geführt. Im Deutzer Hafen werden wir sie eventuell fortsetzen. Unsere Stadt braucht aber weiter diese kulturellen Freiräume. Sie braucht weiter eine aktive und lebendige Klubszene. Diese muss auch laut sein dürfen. Sie ist ein Teil der Stadtentwicklung.

Leider haben wir noch kein richtiges Konzept, wie wir diese kulturell genutzten Räume vor allem für die Musikkultur weiter gesichert bekommen und in die Stadtentwicklung integrieren können. Dafür werden wir ein Konzept erarbeiten lassen müssen. Hierfür stellen wir 50 000 Euro zur Verfügung.

Noch gar nicht angesprochen wurde die Kulturförderabgabe. Auch hier haben wir wieder Schwerpunkte gesetzt.

Wie in den Vorjahren verwenden wir aus den Erträgen der Kulturförderabgabe wieder 759 000 Euro für die Stützung der Busbibliothek, der Samstagöffnung der Stadtteilbibliotheken und des Medienetats der Stadtbibliothek.

Einen Punkt möchte ich hier abschließend ansprechen, da er immer wieder zu Missverständnissen geführt hat - auch Martin Börschel hat noch einmal den Finger in diese Wunde gelegt -: Die Akademie der Künste der Welt ist im Haus-

halt 2018 - das ist richtig - mit 600 000 Euro gesichert worden. Bereits im Jahr 2017 gab es eine Reduktion des Zuschusses auf 700 000 Euro.

Unser Ziel ist es aber weiterhin, dass die Akademie eine Chance bekommt, sich neu aufzustellen, ihr Profil zu schärfen und auch Strukturen zu überdenken. Die Akademie kann durch den Griff in die Rücklagen ihr Programm realisieren. Wir stehen auch in einem engen Dialog mit der Akademie der Künste der Welt. Die nächsten Monate sind entscheidend. Dann geht es darum, ob die Chance der Neuaufstellung genutzt wird. Denn damit werden auch die Weichen für zukünftige Haushalte gestellt.

Meine verbleibenden 40 Sekunden Redezeit möchte ich dafür nutzen, uns alle und insbesondere die Landtagsabgeordneten darauf hinzuweisen, dass die Stadt Köln trotzdem in gewisser Weise strukturell unterfinanziert ist. Bei allen Konsolidierungsbemühungen, die wir haben, dürfen wir nicht vergessen, dass es fast illusionär ist, zu glauben, die Stadt könne den Ausgleich eines 4,5 Milliarden Euro umfassenden Budgets alleine und aus eigener Kraft bewerkstelligen. Entscheidend wird sein, ob sich bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen der Bund und das Land auch auskömmlich an der Finanzierung der Aufgaben beteiligen, die sie zur Erfüllung an die Kommunen übertragen.

Das gilt nicht nur für die Kindertagesbetreuung, sondern auch und insbesondere für die Unterbringung und die Integration von Geflüchteten.

Gleichermaßen gilt es aber auch für die Finanzierung einer umweltgerechten und das Klima schützenden Verkehrsinfrastruktur. Die Bundesförderprogramme für den ÖPNV laufen gerade aus. Beschlüsse für ihre Fortsetzung fehlen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Daran müssen wir alle als Kommunalos weiter arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es sollte kein Kürzungshaushalt werden, war von der Ober-

bürgermeisterin und von der Kämmerin zu hören. Mit ein paar Ausnahmen stimmte das auch.

Da trat das Jamaika-Bündnis auf den Plan. Ohne mit der Oberbürgermeisterin, der Kulturdezernentin und der Akademie der Künste der Welt zu sprechen, wurde hinterrücks und handstreichartig der Betriebskostenschuss gegenüber dem Ansatz von 1 Million Euro auf 600 000 Euro gekürzt.

Meine Damen und Herren, die Kulturförderabgabe, die CDU und FDP immer abgelehnt hatten, verkommt jetzt zum Spielgeld des Jamaika-Bündnisses.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit muss Schluss sein. Wir fordern eine Debatte mit den Kölner Kulturschaffenden, damit die Vergabe der Mittel der Kulturförderabgabe in Zukunft offen und transparent stattfindet.

Meine Damen und Herren, in dem Etat der Kulturförderabgabe sind ja noch über 500 000 Euro offen. Dieses Geld geben Sie nicht aus. Wir können es aber ausgeben, wenn Sie dem Antrag von LINKEN und SPD zustimmen.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Ich bin Herrn Petelkau dankbar dafür, dass er in seiner Rede mit offenen Worten gesagt hat: Wir wollen, dass die Akademie der Künste der Welt in Zukunft nicht mehr 1 Million Euro bekommt, sondern nur noch 700 000 Euro. - Damit ist ganz klar, dass Sie dieses Projekt zum Scheitern bringen wollen. Die Grundfinanzierung der Akademie betrug doch immer 1 Million Euro. Wenn man sagt, dass man ihr nur noch 700 000 Euro gibt, ist ganz klar: Man will ein anderes Konzept; man will es kaputt machen.

Meine Damen und Herren, die Akademie der Künste der Welt hat eine progressive, moderne Kulturarbeit geleistet. Ich weise nur auf ihr Veranstaltungsprogramm hin. Das wollen Sie zunichtemachen.

Sie sagen zwar, Sie wollten im Prinzip neu anfangen. Dann frage ich Sie aber: Warum denn nicht der Neuanfang mit 1 Million Euro?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen können wir nur sagen: Das ist ein reaktionärer Kurs. Das ist brauner Sand.

Dass die Grünen diesen Kurs mittragen, verwundert mich doch sehr stark.

(Niklas Kienitz [CDU]: Es ist interessant, dass du in der Haushaltsdebatte hier den Schwerpunkt setzt!)

- Warum? Wollen Sie nur warme Worte hören? Das ist doch langweilig. Ich bemühe mich zumindest, hier einmal einen interessanten Vortrag zu halten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, DIE LINKE will nicht nur nicht kürzen, sondern wir wollen die sozialen Probleme benennen und anpacken. Wir wollen gestalten.

Die FAZ erschien in der letzten Woche mit einem Artikel zur Lage der bundesdeutschen Wirtschaft unter der Überschrift „Deutschland glänzt vor allem an der Oberfläche“. Ich zitiere:

... seitens der öffentlichen Hand fehlen dringend nötige Infrastrukturinvestitionen - und zwar in Straßen genauso wie in den digitalen Netzausbau. Der Fachkräftemangel macht der Wirtschaft schon heute zu schaffen, viele Unternehmen suchen händeringend nach Personal. Und im internationalen Bildungsvergleich, etwa von der Industriestaatenorganisation OECD, fällt die Bildungspolitik weit hinter vergleichbar wohlhabende Staaten zurück.

So weit die FAZ, die eher andere Personen anspricht als mich.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln hat ein doppeltes Problem: Zum einen fehlt es an Mitteln für Infrastruktur, Soziales und Bildung. Verantwortlich hierfür sind Bund und Land, die über Jahre die öffentlichen Haushalte ausgeblutet haben. Zum anderen fehlen der Stadt Köln für die eigene Verwaltung die notwendigen Fachkräfte.

Wir brauchen eine garantierte finanzielle Mindestausstattung der Kommunen als einen Schutzschild gegen die Schuldenbremsen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ab 2020 müssen Bund und Land diese Schuldenbremsen einhalten. Die Gefahr ist, dass Land und Bund Kosten auf die Kommunen abwälzen, um ihre Schuldenbremsen einzuhalten.

Wenn ich mir die Jamaika-Verhandlungen in Berlin ansehe, muss ich sagen: Dort wird man Köln und das hiesige Jamaika-Bündnis bestimmt im

Regen stehen lassen. Da wird für die Kommunen nicht viel kommen.

Meine Damen und Herren, in Köln lebten 2011 30 000 Kinder in Armut. Seit 2011 sind mindestens 2 200 Kinder dazugekommen. Das sollte uns alarmieren.

Im neuesten Bericht der Bertelsmann-Stiftung vom 23. Oktober 2017 steht - ich zitiere -:

Ein Muster zeichnet sich aus durch wiederkehrende Armutserfahrung, hauptsächlich in Form von Einkommensarmut, die es zwischenzeitlich, aber nicht dauerhaft zu überwinden gelingt (Prekäre Einkommenslage).

Diese Einkommensarmut zu überwinden, gelingt deshalb nicht, weil der neoliberale Zeitgeist und die Rechtsentwicklung mit Jamaika in Deutschland und in Köln die Interessen der Reichen und der Mittelklasse im Auge haben. Die Interessen der Armen interessieren diese Kräfte wenig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Hinweis im Kinderarmutsbericht auf die prekäre Einkommenslage bestätigt uns doch noch einmal, meine Damen und Herren, dass der Ratsantrag zum Köln-Pass der richtige Schritt wäre, um mehr Leuten in prekären Einkommenslagen diese Vergünstigungen zu ermöglichen. Ich danke SPD und BUNT dafür, dass sie diesen Antrag, den Jamaika gleich ablehnen wird, mit gestellt haben.

Die Kölner Grünen irren, wenn sie eine dicke Backe machen und meinen, wir könnten froh sein, dass es den Köln-Pass überhaupt noch gebe.

Die sozialen Verwerfungen haben in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch zugenommen.

(Lachen von Monika Roß-Belkner [CDU])

- Ja, sie haben stark zugenommen. - Im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlergebnis hat der frühere Kölner Wahlforscher Dr. Armin Schäfer auf ein zusätzliches Forschungsergebnis im Rahmen der Lebenslagen-Berichterstattung hingewiesen. Ich zitiere:

Sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden, und [wenden] sich deshalb von der Politik ab.

Die Politik orientiert

sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten ... Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.

Dazu kann ich nur sagen: US-Präsident Trump lässt grüßen! - Dies ist ein Hinweis auf die sozialen Verwerfungen im Rahmen der Bundestagswahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kölnnerinnen und Kölner mit prekären Einkommen müssen zusätzlich auch noch hohe Mieten zahlen, meine Damen und Herren, weil sie keine preisgünstigen Wohnungen bekommen.

Jürgen Becher, der 46 Jahre für den Mieterverein arbeitete und zum Schluss dort Geschäftsführer war, sprach von der Folge von Versäumnissen über die letzten vielen Jahre und erklärte - Zitat -:

Jetzt stehen wir vor einem Dilemma.

Die Wohnungspolitik ist für DIE LINKE nicht nur eine soziale Frage, sondern der Schlüssel für eine gute Gesamtentwicklung in Köln. Deshalb haben wir in unseren Haushaltsansatz für 2018 zusätzlich 22 Millionen Euro dafür eingestellt, dass die Stadt mehr baut, und zwar in Köln und in der Region, und auf diese Weise dafür sorgt, dass die Mieten nicht weiter durch die Decke schießen.

Sicher könnte man sich über Details, die wir vorschlagen, trefflich streiten. Eigentlich würden wir das auch gerne machen. Aber das Jamaika-Bündnis stellt mit seinem Veränderungsnachweis keinen weiteren Cent für Wohnungsbau in den Haushalt ein. Da gibt es nichts, worüber man sich auseinandersetzen könnte. Da herrscht die totale Leere, und die neoliberale Vorstellung der FDP, der Markt werde es schon richten, macht sich im Kölner Stadtrat breit.

(Niklas Kienitz [CDU]: Du musst den Haushalt erst einmal richtig lesen!)

Meine Damen und Herren, seit einigen Jahren machen sich Fonds von Konzernen und Banken breit und ziehen Grundstücke und Wohnungen an sich. Der Verkauf von 400 Wohnungen der GAG in Wesseling an die Degussa-Bank ist dafür nur ein Beispiel - und ein Hinweis darauf, Herr Petelkau, dass die GAG dringend Kapital braucht; denn sie hat den Verkauf damit begründet, dass sie das Geld in Kalk ausgeben wolle. So viel nur als Hinweis darauf, dass Geld fehlt!

Die Finanzjongleure von diesen Baukonzernen haben so viel Geld, dass sie gar nicht wissen, wohin damit. Sie parken ihr Geld jetzt in Wohnungen zwischen, kümmern sich nicht um den Bestand, erhöhen die Mieten und schmeißen die Wohnungen dann wieder auf den Markt.

Da müssen wir gegensteuern, auch wenn das sehr schwer ist. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass städtische Grundstücke mit einer Konzeptvergabe und nach sozialen Standards - zum Beispiel einem hohen, langjährigen Anteil von preiswerten, geförderten Wohnungen mit sozialen Strukturen bei der Vermietung - vergeben werden.

Köln und die Region bilden eine Metropole, zu der auch eine Mobilität für alle sozialen Schichten gehört. Köln kann seine Probleme nur im Diskurs und im solidarischen Miteinander in der Region lösen. Davon können alle etwas haben.

Wir müssen die Metropole verändern und gestalten. Dies muss unser Leitgedanke sein. Das können wir erreichen, indem wir in Wohnungen, in eine Verkehrswende, in Bildung und in Daseinsvorsorge investieren und indem wir die Bedingungen für neue Arbeitsplätze in Köln und der Region verbessern.

Ein planmäßiger, rascher Ausstieg aus der Braunkohle in der Region ist unverzichtbar und eine gewaltige Herausforderung. Das interessiert aber in Köln nur vielleicht einige Ökofachleute. Dies ist ein schwerer Fehler. Denn es wird zu dramatischen Veränderungen in der Region kommen, und das wird auch Köln treffen.

25 000 Arbeitsplätze werden in der Region von der Stilllegung betroffen sein. Diese Menschen brauchen eine Zukunft. Die Gefahr ist groß, dass der ländliche Raum noch weiter an Einwohnern verliert und der Druck auf Köln noch größer wird. Deshalb brauchen wir Lösungsansätze.

Wir brauchen einen guten und preiswerten ÖPNV in der Region. Wir brauchen mehr Radwege. Wir brauchen kleine Lösungen wie Radverkehrsbeauftragte für jeden Stadtbezirk und Busspuren zum Beispiel am Clevischen Ring. Nur so wird es saubere Luft in Köln geben, und nur so werden wir ein Ende des Verkehrsinfarakts erreichen, den wir jeden Tag erleben müssen.

Regional denken heißt auch: den Problemen ins Auge sehen. Wenn nach dem Polizei-Symposium zu Silvester 2016/2017 klar ist, dass Flüchtlinge aus der Region in Köln feiern wollen, dann muss uns das zu denken geben, und man muss

handeln. Die Verwaltung ist nicht dazu da, Konflikte zu verwalten, sondern dazu, Lösungswege aufzuzeigen und zu entwickeln.

Immerhin hat die schroffe Kontroverse über eine Silvesterveranstaltung dazu geführt, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie in der ersten Woche der Herbstferien soziale Akteure an den Tisch gebeten haben, um gemeinsam über präventive Maßnahmen auch mit der Region zu beraten.

Es ist bemerkenswert, wie sich die Teile des Jamaika-Bündnisses in dieser Frage winden und welche abstrusen Argumente vorgebracht wurden.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln plant einen Silvester-Event rund um den Dom. Wir möchten, dass dieser Event attraktiv und inklusiv wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Er ist inklusiv! Er schließt niemanden aus!)

Finanzielle Mittel für Integration und gute und kostenlose Bildung, möglichst inklusiv, sind wichtige Investitionen in die Entwicklung der Region Köln. Wir fordern von Bund und Land, dass die Mittel für die Versorgung der Geflüchteten und für Integration vom Bund getragen werden. Mittel für Integration und Bildung müssen bereitgestellt werden.

Wir, DIE LINKE, haben 6,7 Millionen Euro für die Bildung in unseren Veränderungsnachweis eingestellt: Beitragsfreiheit bei der Kita wieder für 18 statt zwölf Monate, ausreichendes Personal, mehr Mittel für Schulsozialarbeit, bessere Ausstattung für den offenen Ganztag.

Mehr Geld für die Menschen zu investieren, sollte im Mittelpunkt stehen. Eine inklusive Integration und Bildung können die Kommunen im Rheinland nicht alleine stemmen. Dazu müssen Mittel vom Bund und vom Land bereitgestellt werden. Lassen Sie uns parteiübergreifend gemeinsam darum kämpfen, dass die Kommunen mehr finanzielle Mittel erhalten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch größer wird. Wir müssen darum kämpfen, dass die im Grundgesetz gebotenen gleichwertigen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.

Soziale Spaltung ist der Nährboden, auf dem rassistische und nationalistische Gruppen und Parteien gedeihen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie waren nie weg und kamen dann wieder zum Vorschein, als die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wurde. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2014 begann die aktuelle Wahlperiode des Stadtrates. Sie endet 2020. 2017 haben wir also Bergfest und damit jetzt Anlass, eine Halbezeitbilanz zu ziehen, Erfolge und Niederlagen gegenzurechnen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen.

Die politische Lage hat sich mit und seit der Kommunalwahl 2014 massiv geändert. Das rot-grüne Ratsbündnis war verschlissen. Es scheiterte nach zehn Jahren spätestens mit der Aufstellung von Henriette Reker als Oberbürgermeisterkandidatin. Ihr Unterstützungsbündnis insbesondere aus CDU, Grünen und FDP, aber auch Freien Wählern war erfolgreich und fördert seither die Arbeit der OB.

In der Folge wurde ein schwarz-grünes Kernbündnis geschlossen, mit dem die Freien Demokraten zum Beispiel bereits den Doppelhaushalt 2016/2017 verabschiedeten. Das zeigt, dass die FDP Verantwortung übernimmt, ohne sich einem Koalitionszwang beugen zu müssen.

In den vergangenen 41 Monaten konnte die FDP einige inhaltliche Erfolge verbuchen.

So wurde die Teilinbetriebnahme Süd der Nord-Süd-Stadtbahn realisiert, deren Start im Dezember 2015 bis zuletzt fraglich war.

Auch der Bau der neuen Rheinbrücke zwischen Porz-Langel und Godorf stand zweimal auf der Kippe und wurde in beiden Fällen durch Initiativen der FDP gesichert.

Im Rahmen der Neuausweisung von Wohnbauflächen sind die Liberalen besonders stolz darauf, den neuen Stadtteil Kreuzfeld im Kölner Norden, die Nutzung des Bauwagenplatzes an der Krefelder Straße und die Erweiterung des MediaParks mit durchgesetzt zu haben.



Zusätzlich birgt die Wiederbelebung des Baulückenprogramms ein Potenzial von 15 000 Wohnungen bis 2030.

Unerlaubt Eingereiste sollen künftig auf die Zuweisungsquote angerechnet werden.

Die Frauenhäuser konnten finanziell gesichert werden. Sie erhalten einen barrierefreien Neubau. Außerdem wurde der Zugang für Jungen ab zwölf Jahren ermöglicht, damit diese nicht von den Müttern getrennt werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Grundschulen bekommen künftig Zweifachturnhallen statt Gymnastikhallen.

Die Forderungen nach einem zusätzlichen Gymnasium in Lindenthal und dem Erhalt der Friedensschule wurden mit Mehrheit beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, dass wir heute hier den Haushalt 2018 verabschieden, ist - das ist bereits gesagt worden - etwas Besonderes und ein Beispiel von erfolgreicher Politik auch der FDP. Ich habe diese Forderung seit 1999, seitdem ich diesem Gremium angehöre, hier aufgestellt. Es ist schön, dass man nach 18 Jahren dann sehen kann, dass so etwas auch umgesetzt wird. Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, an Sie, an Ihr Team, an die Stadtverwaltung und alle, die dies möglich gemacht haben!

CDU, Grüne und FDP sowie die Ratsgruppe GUT haben zusammen ein Haushaltsbündnis 2018 gebildet. Die Verhandlungen waren nicht immer leicht, aber von dem Wunsch geprägt, gemeinsam Köln voranzubringen. Die FDP dankt allen Verhandlungspartnern für die vertrauensvolle und überaus konstruktive Zusammenarbeit.

Ich denke, man darf durchaus erwähnen, wem die gute aktuelle Haushaltsslage zu verdanken ist, nämlich in erster Linie den erfreulichen Gewerbesteuer- und Steuerzahlungen, die von den Unternehmen und den fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet wurden. Auch dafür von dieser Stelle aus einmal herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber nicht alle unsere Forderungen konnten wir umsetzen.

So wurde die vergleichsweise gute finanzielle Situation der Stadt nicht genutzt, um die viel zu bü-

rokratische und imageschädigende Bettensteuer wieder abzuschaffen.

Auch ist der versprochene Sparhaushalt schon in der Vorlage der Verwaltung ausgefallen. Dem Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ wurde nicht Folge geleistet. So wird der Aufschlag für die städtischen Finanzen beim nächsten Schnupfen für die Konjunktur oder bei Änderungen an der Zinslage umso schmerzhafter.

Auch der Personalbestand der Verwaltung liegt auf Rekordhöhe. Die IHK mahnt in ihrer Stellungnahme, es gelte - Zitat -

auf der Basis eines aufgabenkritischen Verfahrens den Personalaufwand strukturell zu begrenzen.

In einer Zielrichtung waren sich alle Partner des Haushaltsbündnisses einig: Wir wollen Köln besser gestalten.

Von den geplanten Haushaltsänderungen für die Stadt Köln möchte ich einige Maßnahmen herausstellen, die diese Entscheidung hervorheben.

Erstens. Köln muss in puncto Sauberkeit und Sicherheit Vorbild sein. Der bauliche Zustand der Schultoiletten sagt viel darüber aus, welches Vorbild wir Kindern in Sachen Sauberkeit geben wollen. Darum haben wir ein entsprechendes Programm aufgesetzt - Kollegin Jahn hat es gesagt - und werden 1,4 Millionen Euro zusätzlich für die Instandsetzung von Schultoiletten zur Verfügung stellen.

Der vom ehemaligen Stadtdirektor durchgesetzte abstruse Beschluss, die Fenster von Kitas, Schulen und öffentlichen Gebäuden nur noch von außen zu reinigen, wird wieder abgeschafft.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ab 2018 werden, wie es sonst überall üblich ist, auch in öffentlichen Gebäuden die Fenster wieder von innen und außen gereinigt. Die Reinigungsintervalle werden von 15 Monaten auf zwölf Monate reduziert.

Die Beleuchtung von Wegen soll mehr Sicherheit schaffen. Wir haben die Beleuchtung der B 8 in Flittard und Stammheim bereits beschlossen. Jetzt kommt der Fuß- und Radweg entlang der Bahntrasse parallel zur Luxemburger Straße zwischen Militärring und Stadtgrenze hinzu.

Zweitens. Die Stadt muss ihr Stadtbild pflegen und erneuern. Dafür bedarf es eines Ortes der Präsentation von neuen Stadtentwicklungsideen aus Wettbewerben und anderen Verfahren, die wir hier am Stadtmodell im Spanischen Bau sehen.

Unrentierliche Flächen, die das Stadtbild verschandeln, sollen mit einem Stadtbildfonds angekauft werden und bereinigt werden.

Endlich soll das Reiterstandbild auf dem Heumarkt vollendet werden. Auch das ermöglicht dieser Haushalt.

(Beifall bei pro Köln und bei Teilen der CDU)

Die Sanierung der römischen Stadtmauer haben wir uns vor die Brust genommen. Dafür wird eine Stelle für zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt.

Es wird einen Ideenwettbewerb geben, der zeigen soll, wie die Präsentation der Städtepartnerschaften im Stadtbild verbessert werden kann.

Die Aufstockung der Grünpflege, gerade des Straßenbegleitgrüns, ist ein wichtiger Bereich in diesem Teil des Haushalts.

Drittens. Köln muss in der digitalen Zeit ankommen. Damit folgt die FDP ihrem Motto „Digital first, Bedenken second“.

Die FDP will mit dem verstärkten Ausbau der öffentlichen WLAN-Infrastruktur in Köln die Stadt Köln in die digitale Zeit bringen. Der Ausbau soll aber eben nicht nur in der Innenstadt erfolgen, sondern auch in den Veedeln.

(Beifall bei der FDP)

Die Verwaltung muss ihre Dienstleistungen vermehrt digital anbieten. Dafür haben wir Mittel für die Einführung weiterer Onlineverfahren für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, zum Thema Sportförderung hat Ulrich Breite schon einiges im Finanzausschuss gesagt. Bernd Petelkau hat das hier eben wiederholt. Entsprechend kann ich mir diese Ausführungen in meiner Haushaltsrede sparen.

Mit diesen aufgeführten Maßnahmen des Haushaltsbündnisses hat die FDP, wie Sie sehen, in diesem Haushalt ihre Handschrift hinterlassen. Köln wird besser gestaltet. Das macht es der

FDP leicht, dem Haushalt mit diesen Änderungen zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, diesen Erfolgsmeldungen stehen aber auch Niederlagen liberaler Politik entgegen.

Am meisten über Kreuz liegen wir mit der Ratsmehrheit in den Fragen des Wohnungsbaus, der durch bürokratische Auflagen wie Kooperatives Baulandmodell, Milieuschutzsatzung, städtisches Vorkaufsrecht usw. blockiert wird. Hier wäre eine Entfesselung notwendig, um private Investoren zu dem dringend benötigten Bau von Wohnungen zu motivieren.

(Beifall bei der FDP)

Auch in der Verkehrspolitik werfen wir der CDU vor, dass sie sich zu sehr von den Grünen dominieren lässt.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Oh!)

So kann die Verlegung des Fernbusbahnhofs zum Flughafen nicht mehr verhindert werden. Der nördliche Gürtel soll nicht vollendet werden, sondern nur ein Radweg werden. Auch der Verzicht auf die Tiefgarage am Ebertplatz bei gleichzeitiger Vernichtung von oberirdisch bis zu 500 Parkplätzen in diesem Bereich gehört zu den verkehrspolitischen Fehlentscheidungen.

Bei diesen Themen haben wir uns nicht durchsetzen können. Aber genau das sind die Fragen, die für die kommende Weichenstellung wichtig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP ist bei der Landtagswahl im Mai 2017 und bei der Bundestagswahl im September dieses Jahres mit jeweils 13,8 Prozent und einmal 65 000 und einmal 76 000 Stimmen zweimal drittstärkste Kraft in Köln geworden. Dies ist natürlich ein Ansporn für uns für die Köln-Wahl im Jahr 2020.

In den kommenden Monaten hat die Kölner Kommunalpolitik zentrale Themen vor der Brust. Es gilt, den Stadtvorstand wieder voll handlungsfähig zu machen, die Neuaufstellung der Gebäudewirtschaft und der Wirtschaftsförderung voranzutreiben, die Ost-West-U-Bahn zu beschließen sowie den Verzicht auf die Historische Mitte und die Sanierung und Erweiterung des Stadtmuseums an der Zeughausstraße durchzusetzen.

Der Umgang der Oberbürgermeisterin und des schwarz-grünen Kernbündnisses unter anderem mit diesen Fragestellungen und den liberalen Antworten dazu wird für die weitere Positionierung und den Verbleib der FDP im Reker-Bündnis ausschlaggebend sein.

2018 kommt es zur entscheidenden Weichenstellung in Richtung OB- und Köln-Wahl 2020.

Die Leistungsbilanz der Oberbürgermeisterin, die Anfang 2018 Bergfest ihrer Amtszeit feiert, und von Schwarz-Grün in den zentralen Fragen der Stadt reichen aus unserer Sicht noch nicht, um sich 2020 guten Gewissens entsprechend vor die Wählerschaft stellen zu können.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

So wird in Fragen des Wohnungsbaus und der verkehrlichen Infrastruktur leider ideologischen Träumereien nachgegangen, statt das Notwendige im erforderlichen Tempo für eine erfolgreiche Metropole zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen:

Die Stadt Köln besteht seit den Römerzeiten, und ich halte es für einen unrichtigen Egoismus, wenn man es versäumt, die Zukunft der Stadt sicherzustellen ... Die Stadt Köln steht zur Zeit in einer Entwicklungsperiode, wie sie nicht so leicht wieder kommen wird. In solchen bedeutungsvollen Zeiten darf man nicht mit kleinlichem Maße messen, sondern man muss mit großen Schritten vorwärts gehen, wenn man von der Zukunft nicht überholt werden und bald zu der Einsicht kommen will, dass man das Nötige nicht zur rechten Zeit oder nicht im vollen Umfang getan hat.

Diese Worte stammen vom Kölner Oberbürgermeister Wilhelm von Becker und sind mit Datum vom 27. Oktober 1887, also vor genau 130 Jahren, unter der Überschrift „Mit großen Schritten vorwärts gehen“ anlässlich der bevorstehenden Eingemeindungen in die Stadt Köln überliefert.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Er fährt nicht, er geht!)

Sie haben an Aktualität nichts eingebüßt. Becker war von 1886 bis 1907 Oberbürgermeister dieser schönen Stadt. In seine Amtszeit fielen die Gründung der Handelshochschule Köln als Vor-

läuferin der Universität, der Bau des Rheinauhafens und die Einführung der elektrischen Straßenbahn.

Seine Worte wurden mir vom Kölner Bürger Peter Karius geschickt, der sich Sorgen macht, dass bei der Ost-West-Achse zu kleinlich entschieden wird.

Wir Freien Demokraten wollen - ganz im Sinne von Oberbürgermeister Becker - das Wachstum Kölns gestalten und nutzen, um Köln auch qualitativ zu neuer Größe und zu neuem Strahlen zu bringen. Dafür reichen wir allen Kräften in Rat und Verwaltung, die ebensolches wollen, die Hand. Lassen Sie uns gemeinsam ein mobiles und bezahlbares, ein sauberes und sicheres, ein lebens- und liebenswerteres Köln schaffen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wer wünscht von der AfD zu sprechen? - Herr Baentsch, bitte.

**Wolfram Baentsch (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir von der AfD ersparen uns eine Analyse und eine Exegese des vorgelegten Haushaltsentwurfs.

(Zuruf: Das würde ja Arbeit machen!)

Wir lehnen den vorgelegten Haushalt ab.

Das will ich begründen. In den vorbereitenden Gesprächen der Stadtspitze mit den Fraktionen ist die AfD systematisch außen vor geblieben. Sie ist nicht berücksichtigt worden. Sie ist boykottiert worden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Oh!)

- Das mögen Sie jetzt bedauern. Allerdings haben Sie allesamt, alle Fraktionen, aktiv daran mitgewirkt.

Dieses Verhalten kann nicht anders bewertet werden als zumindest doch demokratisch zweifelhaft.

(Beifall bei der AfD)

Wir setzen auch ein Fragezeichen hinter die Rechtmäßigkeit dieses Haushalts, weil eine Fraktion bei der Beteiligung zur Gestaltung die-

ses Haushalts außen vor geblieben ist und boykottiert worden ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch völliger Quatsch!  
- Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben doch einen Vertreter im Finanzausschuss!)

- Dass ein AfD-Vertreter im Finanzausschuss krankheitshalber nicht aktiv mitgewirkt hat, bedauert niemand so sehr wie die AfD selber. Das wird sich in Zukunft ändern.

(Weitere Zurufe)

- Danke für die Zwischenrufe. - Ich habe angemerkt, dass das Verhalten der Fraktionen und der Stadtspitze insgesamt demokratisch zumindest zweifelhaft zu nennen ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wenn es nicht stimmt, dann stimmt es nicht!)

Es ist aber auch rechtsstaatlich nicht hinzunehmen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt der Richtige!)

Wir behalten uns vor, die Rechtmäßigkeit dieses Haushalts, den wir ablehnen, überprüfen zu lassen.

Ich füge zum Schluss an - und nicht nur nebenher -, dass dieses Boykottverhalten dieses ehrwürdigen Hauses dem Geiste der Geschäftsordnung widerspricht, dass es zudem aber auch - und das sollte allen zu denken geben - dem Grundgesetz diametral entgegensteht. Das Grundgesetz fordert in Art. 3 die grundsätzliche Gleichbehandlung.

Ich bitte Sie, wenn schon nicht uns gegenüber, dann doch aus Respekt gegenüber dem Wählerwillen dieses Verhalten in Zukunft zu ändern. Dann ist die AfD gerne bereit, konstruktiv in diesem Hause mitzuwirken. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wünscht jemand von der Gruppe pro Köln zu sprechen?

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. - Dann frage ich Frau Gerlach oder Herrn Hegenbarth, wer zu sprechen wünscht. - Herr Hegenbarth, bitte.

**Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! „Stadt Köln im Jahr 2018 mit größtem Haushalt aller Zeiten“ schrieb *Focus* im Juli 2017 über die fast 4,6 Milliarden Euro. Man könnte also sagen - für die, die sich im Internet auskennen -: #GröHaZ.

Ja, der Haushalt hat Wumms, um es einmal salopp zu formulieren. Er ist vergleichbar mit dem Haushalt kleiner Bundesländer wie dem des Saarlandes.

Der damit verbundenen Verantwortung sind sich - davon gehe ich aus - die meisten hier im Rat sehr bewusst und erarbeiten diesen Haushalt auch in den unterschiedlichen Fach- und Sachgremien der Stadt entsprechend. Wir tun das übrigens mindestens genauso engagiert.

Als Vertreter einer kleinen Ratsgruppe darf ich mir aber den Luxus herausnehmen, auch einmal sehr grundsätzlich über den aktuellen Haushalt - und damit verbunden die weitere politische Entwicklung - nachzudenken, der über Produktbereiche, Teilfinanzpläne, Investitionsmaßnahmen, Transferleistungen oder Schlüsselzuweisungen in Köln hinausgeht.

Was hat denn so alles Wumms im Haushalt unserer Stadt? Oder was könnte denn wirklich Neues auch nach außen deutlich sichtbar durch diesen Haushalt nachhaltig verändert werden und was eben leider nicht?

Herr Petelkau sagte vorhin so treffend: Akzente setzen.

Die städtische Wirtschaftsförderung erhält 1 Million Euro extra.

Für die Optimierung der Grünpflege in ganz Köln werden fast 2 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt.

2,5 Millionen Euro gibt es für neue Kunstrasenplätze plus 1 Million Euro für deren Pflege - wobei ich an unsere Anfrage erinnere, in deren Rahmen deutlich wurde, dass erst nach zehn bis 15 Jahren umfangreiche und kostenintensive Sanierungen anstehen. Aber auf den ersten Blick mag das okay sein.

Ab 2018 wird es für Köln-Pass-Besitzer die KVB-Monatskarte im Abo geben.

Sowohl die Hallennutzungsgebühr als auch die Schwimmbadgebühren für Vereine sollen nun abgeschafft werden.

1 Million Euro wird für das Sofortprogramm zum Ausbau der öffentlichen WLAN-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Das finden wir sehr gut.

Es gibt einen Klimaschutzfonds mit 1,2 Millionen Euro und 200 000 Euro für Maßnahmen zur Luftreinhaltung - was vor dem Hintergrund der Umweltbelastungen, denen Kölnerinnen und Kölner ausgesetzt sind, eigentlich ein Witz ist.

1 Million Euro sind zur energetischen Sanierung von Straßenbeleuchtung vorgesehen. Das finden wir wichtig und gut.

Es gibt Zuschüsse für Hilfen gegen Obdachlosigkeit und Verwahrlosung und noch einige weitere ganz gute Punkte.

Okay, ja. Aber soll das wirklich reichen für den Anspruch einer Millionenstadt auf etwas Neues, den großen Wurf, die Herausforderungen einer wachsenden Millionenstadt mit massiven Problemen wie Wohnungsnot, drohendem sozialen Abstieg weiter Teile der städtischen Gesellschaft, Verkehrsinfarkt oder latenter Sicherheitsdiskussion?

Fangen wir einmal mit dem kleinsten denkbaren Nenner an, unserer bescheidenen kleinen Ratsgruppe BUNT. Wir wurden gar nicht erst gefragt, ob wir aussichtsreiche Ideen oder Vorschläge mit in den Haushalt einbringen können oder ihn womöglich mittragen. Dafür steht bereits eine Mehrheit zur Verfügung. Ich bin auch nicht naiv genug, um zu glauben, dass es diesmal anders laufen soll als in den vergangenen Jahren.

Wir kämen aber mit Sicherheit nicht auf die Idee, zu klagen, wie das diese blaue Luftpumpentruppe gerade mal wieder angedeutet hat.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Was aber fehlt, sind deutliche Worte und mutige Schritte. Akzente sind einfach zu wenig.

Warum fehlt der Mut, über Fraktions- und Mehrheitsgrenzen hinweg zu denken?

Warum fehlt einer Mehrheit der Mut, den Kölnerinnen und Kölnern zu sagen, dass an Fahrverboten kaum ein Weg vorbeigehen wird?

Warum laufen wir dem Operskandal immer nur hinterher, statt schon längst eine Fusion mit anderen Städten anzustreben?

Warum ist es in Köln öffentlich schon ein zu heißes Eisen, die Einführung einer Citymaut nur alleine prüfen zu wollen?

Warum gibt es in unserer Stadt so einen lauten Aufschrei, wenn als Antwort auf Wohnungsnot die Diskussion um neue Hochhäuser und Höhenverdichtung ansteht?

Warum wird Drogenpolitik in Köln eher mit Repression und Verdrängung beantwortet, und warum werden neue Weichenstellungen wie in Düsseldorf, Frankfurt oder Münster bei uns abgelehnt?

Warum gehen wir bei der aktuellen Sicherheitsdiskussion nicht auf die wirklichen Ursachen ein und bekämpfen in erster Linie nur die Symptome mit Videoüberwachung und Präsenz?

Warum steht vor dem Hintergrund der verkehrlichen Herausforderungen und eines drohenden, latenten Verkehrsinfarkts unserer Stadt einer grundsätzlichen Reform so viel Widerstand entgegen?

Von der Vision eines fahrscheinlosen ÖPNV will ich dabei ja noch nicht einmal reden. Es sind doch einige weniger grundsätzliche Dinge, die mich schon ärgern.

Warum werden Stadtteile wie Vingst, Kalk und Finkenbergring stärker benachteiligt, wenn es um die Aufnahme geflüchteter Kinder an Schulen geht?

Warum kann man bei der im letzten Haushalt beschlossenen Kürzung der Beitragsfreiheit bei den Kitas nicht wieder auf den alten Stand zurückgehen?

Ich habe noch 20, 30 andere Dinge, mit denen ich mich in dieser Rede gar nicht noch mehr belasten möchte, weil sie mich zu sehr ärgern.

In dem aktuellen Haushalt sehe ich dies auch nicht in Ansätzen verwirklicht. Hier wäre deutlich mehr Spielraum gewesen. Mut ist eben etwas anderes, als nur weiter so wie bisher zu machen oder nur Akzente zu setzen.

Hier wurde eine große Chance vergeben. Wir, die Ratsgruppe BUNT, werden daher diesem Haushalt nicht zustimmen.

Ich habe ich extra beeilt. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann hat das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Haushalt zu und bedanken uns an dieser Stelle auch bei den anderen haushaltstragenden Parteien für die Einladung zur Mitarbeit.

Wir konnten einige Programmpunkte und Aspekte mit einbringen. Dies werden wir in den kommenden Ratssitzungen näher besprechen. Hier will ich nur einige Stichworte nennen.

Schon in der nächsten Ratssitzung werden wir von hier aus das Projekt „Radeln ohne Alter“ mit auf den Weg bringen. Es läuft zum Beispiel in Essen schon sehr erfolgreich.

Wir haben ein Anreizprogramm zum Kauf von Lastenrädern eingebracht. Auch da hoffen wir, dass es 2018 an den Start kommt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Gesundheitsdaten ankauft, um festzustellen, wo Köln krank ist und was die Ursachen sind. Dabei denken wir zum Beispiel daran, zu sehen, wo Feinstaub die Leute tatsächlich krank macht, und in der Verkehrspolitik entsprechend umzusteuern.

Es wird weiterhin Geld für kleine Festivals geben. Auch das ist ein kleiner Erfolg im Kulturetat.

Die Akademie der Künste der Welt wurde heute hier schon mehrfach angesprochen. Da wir diesen Beschluss mittragen, möchte ich dazu natürlich auch etwas sagen. Es war nicht unsere Idee, den Zuschuss für die Akademie von 1 Million Euro auf 700 000 Euro und nun auf 600 000 Euro zu kürzen. Es ist klar, dass das heute ein Kristallisationspunkt in der Haushaltsdebatte ist.

Ich fand auch ganz interessant, Jörg, von dir zu hören, dass du sagst, der Haushalt sei im Großen und Ganzen okay

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- dann gucken wir im Wortprotokoll nach -; aber bei der Akademie der Künste der Welt sei es aus deiner Perspektive schlecht gelaufen - oder auch aus anderer Perspektive; darauf schießen sich jetzt alle ein. Es war auch klar, dass dieser Ärger zu erwarten ist.

Wir stehen zur Akademie der Künste der Welt, sind aber dafür, dass die Akademie aus der Kulturförderabgabe herauskommt und dauerhaft im Kulturetat verankert wird, wobei der Kulturetat dann natürlich entsprechend erhöht wird.

Über die Höhe der Mittel, die die Akademie der Künste der Welt zur Verfügung gestellt bekommen soll, muss man sich natürlich unterhalten. Es muss auch ein ehrliches Bekenntnis zu der Akademie geben. Dann wird sich herausstellen, was sie Köln und dem Rat oder der Mehrheit des Rates wert ist. Diese Diskussion müssen wir führen.

Wir sind gespannt auf das Ergebnis und wünschen der Akademie der Künste der Welt, dass sie eine dauerhafte Planungssicherheit bekommt - dann aber vielleicht auch mit einem geringeren Etat als dem Zuschuss von 1 Million Euro zu Beginn ihrer Tätigkeit.

Die Perspektive der Akademie hat für uns aber leider nicht ausgereicht, deswegen den ganzen Haushalt abzulehnen. Es gibt in diesem Haushalt nämlich auch mehr Mittel für Kultur. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es gibt mehr Mittel. Es gehen auch wieder mehr Mittel in die Bezirke und in die Stadtteile - etwas, was wir schon seit Ewigkeiten fordern.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es gehen endlich auch deutlich mehr Mittel in den Klimaschutz.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Allein das sind für uns schon einmal drei Gründe, weshalb wir sagen: Wir können diesem Haushalt gerne zustimmen, auch wenn es an der einen oder anderen Ecke schmerzt.

Schmerzen tut uns auch das Kunstrasenprogramm. Wir halten dies - wir waren gerade beim Klimaschutz - für eine nicht besonders klimaverträgliche Variante, Breitensport zu ermöglichen, sehen aber natürlich, dass es eine große gesellschaftliche Akzeptanz und eine große Mehrheit dafür gibt. Wir konnten zumindest einbringen, dass nun auch ökologischere Varianten ernsthaft

geprüft werden, und hoffen, dass wir Möglichkeiten finden, dieses Programm ökologischer zu gestalten.

Zum Klimaschutz: Bis heute hat der Klimaschutz leider in der Politik der Stadt Köln weder im Rat noch in der Verwaltung oberste Priorität. Die derzeit stattfindende UN-Klimaschutzkonferenz wurde schon angesprochen. Sie ist natürlich auch ein guter Anlass, über verschiedene Dinge ausführlicher zu sprechen.

Ein Beispiel sind die 300 Bäume an der Bonner Straße. Ich wünsche mir eine Verwaltung, die in Zukunft an die Aufgabe herangeht, diese Bäume zu erhalten, und dann ganz klar sagt: Was für eine Möglichkeit gibt es? Wie würde der Straßenraum aussehen, wenn diese Bäume stehen bleiben? - Offensichtlich gibt es da auch andere Möglichkeiten. Dies würde natürlich zulasten des Autoverkehrs gehen. Aber wir wären bereit, diesen Weg zu gehen und die Flächen dem Autoverkehr wegzunehmen.

Ein anderes Beispiel ist der Ausbau des Trainingsgeländes am Grüngürtel. Auch das gehört für uns immer noch zum schlechten Teil der Bilanz. Dort erfolgt eine Versiegelung von Grünflächen, die so nicht sein muss und die wir weiterhin ablehnen. Wir freuen uns aber darüber, dass sich die Haushaltsmehrheit die Freiheit genommen hat, da auch unterschiedlich zu votieren.

Auch bei den Grünflächen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen finden wir in den Verwaltungsvorlagen zwar immer wieder Hinweise auf den Klimaschutz; letztendlich muss er aber immer wieder hinten anstehen, und Wohnungsbau geht vor Klimaschutz. Wir glauben, dass man dies verträglicher gestalten kann, als es in Köln zurzeit gemacht wird.

Ich möchte Sie hier auch noch einmal - Sie haben die Einladung von uns schon per Post bekommen - zu unserer Klimaschutz-Veranstaltung am Montag, dem 13. November 2017, im Filmforum des Museums Ludwig einladen. Es freut uns, dass Herr Dr. Rau daran teilnehmen wird. Auch Ihr ehemaliger Ratskollege Dr. Matthias Welpmann, der inzwischen Klimadezernent in Neuss ist, wird kommen. Wir freuen uns sehr darauf, dort noch einmal intensiver über Klimaschutz in Köln zu sprechen.

An dieser Stelle möchte ich aber auch noch einmal an die Beantwortung unserer Anfrage zum Klimaschutz erinnern. Denn darin haben wir genau diese Frage gestellt, wo wir eigentlich stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt bei uns ist natürlich der Verkehr. Frau Blome, Sie hatten bei einem ersten Kennenlerngespräch gesagt, als Sie über die Zeit in Düsseldorf berichtet haben, dass für Sie die Umsetzung von Ratsbeschlüssen eine Selbstverständlichkeit sei und dass dies natürlich von einer Verwaltung so gemacht werden solle.

Zwar ist laut der Uhr meine Redezeit jetzt zu Ende. Aber die Uhr ist bei 4:20 Minuten gestartet, als ich angefangen habe. Auch gefühlt glaube ich nicht, dass zehn Minuten um sind. Deswegen lassen Sie mich das bitte noch kurz zu Ende führen.

Wir haben diverse Beschlüsse, die nicht umgesetzt werden. Ich möchte den autofreien Niehler Gürtel nennen. Dazu haben wir einen Planungsbeschluss. Es ist für mich wirklich unerträglich, dass diese Planung nicht vorgelegt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wird ein fürs andere Mal angekündigt. Jetzt ist sie wieder für Dezember 2017 angekündigt worden. Ich glaube das aber tatsächlich erst, wenn ich sie sehe und die Vorlage nicht am Tag der Ratssitzung oder am Tag vorher wieder von der Tagesordnung zurückgezogen wird.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie kommt.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Ja, sie kommt. Frau Reker, kurz nachdem Sie gewählt worden sind, hatten wir ein Gespräch. Damals haben Sie uns gesagt, wir würden uns wundern, wie schnell manche Dinge gehen werden. Dieses Gespräch ist zwei Jahre her.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** In Köln ist das schnell.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): In Köln mag das vielleicht schnell sein. Das heißt aber noch lange nicht, dass diese Planung dann überhaupt irgendwann einmal umgesetzt ist.

Das Gleiche gilt bei RingFrei. Auch dort haben wir klare Beschlüsse von der Bezirksvertretung Innenstadt und von Ausschüssen des Rates. Auch dort hapert es extrem mit der Umsetzung.

Wir haben die Rampe an der Nordseite. Auch daran geht die Verwaltung nicht lösungsorientiert heran, sondern es wird uns nur gesagt, warum das angeblich nicht geht.

Ein anderes schönes Beispiel sind die Beschlüsse zu den freilaufenden Rechtsabbiegern. Wir haben nach langem Hickhack beschlossen, dass an der Kreuzung Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße, wo es einen tödlichen Unfall gab, die Situation endlich wieder verkehrssicher hergestellt wird. Die anderen Rechtsabbieger an dieser Kreuzung interessieren die Verwaltung nicht, und sie sagt, da bestehe kein Handlungsbedarf.

Im September dieses Jahres haben wir dann in einer Sitzung des Verkehrsausschusses beschlossen, dass sich die Bezirksvertretung, der ADFC und die Polizei alle diese freilaufenden Rechtsabbieger genau angucken und sie auf Gefährlichkeit überprüfen. Über diesen im September getroffenen Beschluss ist der ADFC bis heute nicht einmal informiert worden. Er hat sich zweimal im Verkehrsdezernat gemeldet, auch bei Herrn Harzendorf persönlich. Keine Reaktion! Das geht nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist sicherlich der Falsche!)

- Vielleicht. Aber das geht eben einfach nicht. Es tut mir auch leid, dass es ihn an dieser Stelle trifft. Aber Verkehr ist nun einmal einer unserer Themenschwerpunkte. Wir meinen es ernst mit der Verkehrswende und würden uns freuen, wenn endlich die gesamte Verwaltung im Verkehrsdezernat mit uns an einem Strang ziehen würde.

Damit komme ich zu den letzten drei wirklich kurzen Schlussbemerkungen und beginne mit der Aufarbeitung des Messeskandals. Uns freut sehr, dass es gestern auch offiziell auf den Weg gebracht wurde. Professor Graeff hat schon vieles Interessante dazu gesagt, wie er sich das vorstellt.

Zum Ebertplatz möchte ich natürlich auch noch einige Worte verlieren. Ich hätte gerne mehr dazu gesagt. Aber an dieser Stelle möchte ich Sie nur bitten: Nehmen Sie auch diese eine letzte Kündigung zurück. Es ist vollkommen unerklärlich, warum man dieser einen Galerie gekündigt hat. Da geht es ja nicht um kommerziellen Betrieb, sondern das sind Leute, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen. Ich weiß nicht - das wissen sie selber auch nicht -, warum ausgerechnet diese Leute jetzt mit einer Kündigung für ihr Enga-

gement bestraft werden sollen. Das ist vollkommen unerklärlich. Bitte nehmen Sie diese Kündigung zurück.

Wir sind mit diesem Haushalt zufrieden. Aber natürlich könnte Köln auch noch weiter ökologischer und sozialer werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Gäste und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Einzelmandatsträger suche ich mir jetzt die entsprechenden Positionen heraus. Ich habe sie natürlich vorher festgelegt. Aber ich habe es ja einfach. Sie haben alle schon gesprochen. Ich könnte sie mir jetzt herausuchen. Aber ich mache es mir nicht leicht; glauben Sie mir das.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir werden uns allerdings enthalten, weil wir einerseits mit diesem Haushalt arbeiten, aber andererseits auch viele Fragestellungen haben.

Der Haushalt hat drei bemerkenswerte Elemente: Er ist in der Rekordhöhe von 4,6 Milliarden Euro aufgestellt worden. Die Kassenkredite, die für die Liquidität sorgen, sind mit 1,8 Milliarden Euro beziffert. Die prognostizierten Entnahmen aus der Rücklage sind zwar historisch niedrig; aber immerhin sind noch 124,5 Millionen Euro aus den Rücklagen zu entnehmen.

Warum enthalten wir uns? Sie wollen - so steht es zumindest in der Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung - die Stadt entschulden und das Vermögen sanieren. Dazu fordern Sie Disziplin ein. Ich zitiere das einmal:

Um die angestrebte Sanierung des Haushalts umzusetzen und damit den Vermögensverzehr zu reduzieren bzw. langfristig zu beenden, ist eine strenge Haushaltsdisziplin unerlässlich. Es muss zwingend darauf geachtet werden, dass unterjährig auftretende Verbesserungen nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben, sondern zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schul-



denabbau oder zur Sanierung des städtischen Vermögens verwendet werden, um so dauerhaft die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten.

Diese Ziele erreichen Sie zumindest mit den drei eben genannten Punkten in diesem Haushalt nach meiner Meinung nicht.

Die Neuverschuldung wird nicht aufgehoben.

Eine sogenannte ungeplante Verbesserung, nämlich die Rückvergütung des LVR, wird nicht verwendet, um zu entschulden, sondern sie wird im Veränderungsnachweis 3 auf unterschiedliche Positionen aufgeteilt.

Mit Verlaub: Wo ist da die Disziplin? Dieser Satz liest sich gut - aber gänzlich ohne jede Verbindlichkeit. Wo ist der Maßnahmenkatalog, wenn Sie Disziplin einfordern? Wo sind die Verantwortlichkeiten geregelt? Das Thema Verantwortlichkeiten wird in diesem Rat und auch in der Verwaltung immer wieder umgangen - mit diesem Satz auch.

Nach unseren Schätzungen - jetzt komme ich einmal auf die Risiken zu sprechen, die den eigentlichen Grund für die Enthaltung darstellen - ist die Gesamtverschuldung der Stadt unter Einbeziehung der Eigenbetriebe und der Beteiligungsgesellschaften mit deutlich über 6 Milliarden Euro zu beziffern. Das ist Entschuldungspotenzial. Das sind Risiken, die die Stadt hat, entweder buchfest oder mit irgendwelchen Bürgschaften, zum Beispiel bei den Kliniken. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Und wie sieht die Zukunft aus? Wir werden diese Verschuldung ja weiter hochtreiben. Wir müssen in den nächsten zehn Jahren - ich habe einmal zehn Jahre angenommen - für Sanierungsmaßnahmen und für die Vollendung begonnener Projekte hohe Milliardenbeträge bereitstellen.

Die Personaloffensive wird sehr viel Geld verschlingen. Brücken- und Straßensanierungen, Ausbau des ÖPNV, Schulsanierungen, Stadtarchiv-Einsturz und Neubau des Stadtarchivs, Nord-Süd-Bahn inklusive Bonner Straße, Bühnensanierung plus Interim, Bühnenwerkstätten, Kalkberg, RGM, Kölnisches Stadtmuseum und Mikwe: Alles das sind jetzt einmal grob aufgezählte Projekte, die enorme Summen an Investment erfordern.

Nach unserem Dafürhalten bleibt da kein Platz für eine Historische Mitte, einen Wallraf-Anbau, eine Fußgängerbrücke oder eine Ost-West-Trasse.

Zusätzlich wird dieser Haushalt immer wieder durch enorm hohe Quersubventionen für Gesellschaften und für Eigenbetriebe belastet. Ich nehme nur einmal einige heraus - an erster Stelle unser Hobby, die Kölner Sportstätten GmbH. Die unsägliche Diskussion mit dem FC um das Stadion, um den Standort und um einen möglichen Ankauf des Stadions muss beendet werden. Allein durch die Veräußerung des Stadions und des Golfplatzes könnte sofort Geld locker gemacht werden. Die Kliniken der Stadt Köln bergen ein enorm hohes Risiko von Bürgschaften. Der BioCampus Cologne und das Technologie- und Gründerzentrum Zentrum sind kleinere Posten; sie zählen aber auch dazu. Mit der Auflösung und dem Verkauf wäre ein wirklich wichtiger Schritt auch zur Vermögenssanierung getan.

Wir wollen auf der anderen Seite aber auch, dass die Bürger erheblich mehr Mitspracherechte bekommen. Sie wissen das. Dafür stehen wir ein. Wir reden von echter Bürgerbeteiligung und wollen sie auch praktizieren.

Das beste Beispiel dafür könnte doch der Bürgerhaushalt sein. Was ist aus diesem Bürgerhaushalt geworden? 2007/2008 ist er ausgeschrieben worden. Sage und schreibe fast 12 000 Leute haben sich gemeldet und 4 973 Ideen zu Papier gebracht. Letztes Jahr waren es noch 3 875 Bürger mit 631 Vorschlägen - und das war noch einmal ein positiver Ausreißer in der ansonsten noch viel tiefer gestellten Historie.

Wir möchten eine grundlegende Veränderung dieses Konzeptes. Verbinden Sie diesen Bürgerhaushalt mit dem städtischen Haushalt. Setzen Sie nicht einen Festbetrag ein und versuchen dann, aus Anliegen oder Vorschlägen der Bürger budget- und passgenaue Anliegen oder Vorschläge einzubringen. Ich halte es für wichtig, dass der Bürgerhaushalt sehr viel früher ausgeschrieben wird und dass die Auswertung des Bürgerhaushalts vorliegt, wenn wir in der Haushaltsplanung sind. Dann finden sich die Bürger mit ihrem TOP irgendwo in diesem Haushalt wieder. Dann müssen sie auch durch ein gutes Kommunikationskonzept begleitet und informiert werden. Das ist unser Anliegen an Sie. Dies möchte ich auch durch einen Antrag im Rat zur Diskussion stellen.

Ganz zum Schluss noch ein Punkt: Bedauerlich ist für mich, dass Köln beim Dieselgipfel keine klare Position gegen die Macher - ich nenne sie einmal: die Betrüger - und den politischen Kotau in Berlin bezogen hat. Mich hat das getroffen. Ich habe Ihnen, sehr geehrte Frau Reker, hierzu einen offenen Brief geschrieben. Wenn in Berlin

hinter verschlossenen Türen mit den Vertretern der Industrie Schadensbegrenzung praktiziert wird, sollten wir alle Mittel ausschöpfen - diese Möglichkeit haben wir, glaube ich -, um für circa 300 000 dieselgetriebene Fahrzeuge in Köln und auch für unsere möglicherweise durch diesen Skandal begründeten Luftreinhaltemaßnahmen Geld einzufordern, also Schaden zu reklamieren.

Es mag sein, dass der Dieselskandal die Interessen der autofeindlichen Grünen-Politik unterstützt. Aber er wird auch zu erheblichen Zusatzbelastungen des städtischen Haushalts führen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht unser Problem, sondern das Problem der Industrie! Das müssen wir einmal klarstellen!)

- Ja, Herr Frank. - Läppische Softwareupdates und 400 E-Tankstellen: Das sind mehr oder weniger europaweit Armutszugnisse insbesondere für die Politik.

Wir wünschen uns, dass Sie offen über den Zustand der Stadt Köln sprechen, und nicht versuchen, mit Haushalten die wirkliche Lage und die Risiken dieser Stadt zu verschönen. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, über den Status der Stadt informiert zu werden. Ich hoffe, dass Sie uns da zustimmen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Es beginnt Herr Börschel.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zweiter Teil! Erste Runde!)

**Martin Börschel (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine Menge Reden insbesondere der Jamaika-Koalition, die den Haushalt trägt, gehört und können, glaube ich, hier feststellen: Wenn viele Köche kochen, kommen zwar eine Menge Zutaten zusammen; aber sie kochen nicht nach demselben Rezept. Der Kollege Sterck hat das in erfreulicher und schonungsloser Offenheit gesagt. Wenn es um die wirklichen Zukunftsfragen dieser Stadt geht, sind sich CDU, Grüne und FDP in wesentlichen Fragen eben nicht einig, obwohl sie heute einen gemeinsamen Haushalt beschließen. - Das ist das Erste, was wir zusammen festhalten können.

Wir haben von vielen schönen Einzelmaßnahmen gehört. Eine Menge dieser Maßnahmen

sind auch ganz gut. Da haben wir gar nichts zu kritisieren. Aber wo sind die gemeinsamen Antworten auf die großen Herausforderungen dieser Stadt? Diese Antworten bleiben Sie schuldig. Das möchte ich für die SPD-Fraktion hier noch einmal zu Gehör bringen.

(Beifall bei der SPD)

An einem städtischen Haushalt kann man Unterschiede gut festmachen. Ich will mit dem ersten Unterschied beginnen. Herr Kollege Petelkau hat gerade bezogen auf den Haushaltsentwurf der Verwaltung und das, was Jamaika daraus macht, ausgeführt - ich darf zitieren -, dass von der politischen Seite bei den Investitionen gar kein Nachholbedarf bestand. Ich will ganz offen und ehrlich sagen: Da sind wir schlicht und einfach anderer Meinung. Wir glauben, dass die Stadt Köln dringend weitere Investitionen in Wohnen, Infrastruktur und Bildung braucht.

Wir werden in den nächsten Jahren 1,2 Millionen Kölnerinnen und Kölner haben. Das bedeutet: Wir haben einen riesigen Bedarf an neuem Wohnraum in dieser Stadt. In den nächsten zwölf Jahren bis 2030 brauchen wir 66 000 Wohnungen, davon jedes Jahr 2 000 öffentlich geförderte Wohnungen. Das sind doch die Fakten, denen wir uns stellen müssen und denen Sie sich auch stellen müssen, die Sie mit Ihrem heutigen Haushaltsbeschluss aber hartnäckig ignorieren.

Die Baugenehmigungen sind drastisch rückläufig. Wir haben im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 einen Rückgang von 37 Prozent. Skandalöse 37 Prozent weniger Baugenehmigungen haben wir im Jahresvergleich. Diese Herausforderungen ignorieren Sie heute mit Ihrem Beschluss und insgesamt.

Kollegin Jahn hat mich völlig richtig zitiert; Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber wenn das so ist und wenn meine Zahlen von eben stimmen - und sie sind ja Fakten -, dann dürfen wir doch nicht weiter kleckern, sondern müssen klotzen. Wir brauchen endlich große Antworten auf diese Herausforderungen.

Deswegen sind wir in der Tat der Meinung, dass die Stadt Köln in den nächsten fünf Jahren ein Wohnungsbauprogramm mit einem Volumen von 500 Millionen Euro braucht. Wir sind wirklich dieser Meinung, weil wir beispielsweise in An- und Verkauf von Grundstücken investieren müssen.

Übrigens: Wer öffentlich gefördert dort baut, der soll Grundstücke auch verbilligt bekommen können.

Wir brauchen tatsächlich eine Stärkung kommunaler Wohnungsbauunternehmen. Wir brauchen kommunale Bürgschaften. Wir brauchen zusätzliche kommunale Daseinsförderung und einiges mehr.

Das sind Punkte, die man mit einem solchen kommunalen Wohnungsbauprogramm nicht nur finanzieren kann, sondern finanzieren muss, weil sie zur Lebensgrundlage und zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gehören. Deswegen stehen wir dazu, diesen Vorschlag gemacht zu haben.

Sie haben jetzt eingewendet, warum wir denn keinen Antrag dazu gestellt hätten. Frau Kollegin Jahn, Herr Kollege Petelkau, Ihre beiden Reden haben in schonungsloser Offenheit dargestellt, dass ein Antrag hier und heute vergebene Liebesmüh gewesen wäre, weil wir bei Ihnen erst einmal Grundlagenarbeit machen müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Lachen bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich will Ihnen das belegen. Sie haben zu ein und demselben Thema

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist wirklich süß!)

- das ist wirklich süß, liebe Kollegin Jahn; ich will Ihren Zuruf da gerne aufgreifen -

(Niklas Kienitz [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Sie sind süß! Süß arrogant!)

völlig diametral Unterschiedliches gesagt. Wir haben im jetzigen Haushalt - da haben Sie recht - die Leerstelle eines kommunalen Wohnungsbauprogramms von 33 Millionen Euro.

Darauf weist Frau Kollegin Jahn hin und sagt: Da müssen wir nicht mehr tun; das reicht alles; es ist doch wunderbar.

Herr Kollege Petelkau hat in seiner Haushaltsrede ein paar Minuten zuvor gesagt: Wir haben das kommunale Wohnungsbauförderprogramm von 33 Millionen Euro; davon fließt aber kein Cent ab.

Damit hat er auch recht. Das ist nämlich das Verrückte an der Sache. Seit Ende 2016 ist das Programm ausgelaufen. Die Förderbedingungen sind nicht verlängert worden, obwohl die SPD-Fraktion hier im Stadtrat einen entsprechenden

Antrag gestellt hat. Obwohl das so ist und wir endlich die neuen Kriterien für die Förderung haben müssen, lassen Sie das tagein, tagaus, jahrein, jahraus einfach auslaufen. Dieses Geld steht als Leerformel im Haushalt, und nichts fließt ab.

Das ist ein Skandal. Und dafür tragen Sie die Verantwortung, weil Sie dieses Programm nicht fortschreiben. Das ist ein Fehler. Das muss man doch hier sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichzeitig kann man festhalten, dass wir beim An- und Verkaufsetat des städtischen Liegenschaftsvermögens einen deutlichen Spielraum haben. Weit über 50 Millionen Euro kann man jedes Jahr daraus mobilisieren, und zwar ohne einen anderen Haushalt schreiben zu müssen. Wir geben weniger bei Ankäufen aus und nehmen mehr bei Verkäufen ein. Daraus ergibt sich ein riesiges Delta, das man nutzen kann.

Wir fordern, in diesem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm diese Mittel endlich auf den Wohnungsbau zu fokussieren und sie nicht einfach dem allgemeinen Haushalt zugutekommen zu lassen. Damit haben Sie die Summe schon zusammen. 500 Millionen Euro in fünf Jahren sind eine große Summe, aber kein Hexenwerk. Alleine das zeigt, dass es geht.

Aber Sie müssen sich erst einmal einig werden, was Sie mit diesem Wohnungsbauförderprogramm machen wollen. Seit zwei Jahren tun Sie nichts. Das ist an dieser Stelle das eigentliche Problem.

Ich will abschließend zu diesem Komplex noch sagen, dass wir insgesamt auch die Ausschüttungen der städtischen Gesellschaften dringend neu justieren müssen. Nehmen Sie alleine den Stadtwerke-Konzern als Beispiel. Die Stadtkämmerin und die Haushaltsmehrheit schreiben für das Jahr 2018 in den Haushaltsplan, dass die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern 46 Millionen Euro an Ausschüttungen an den städtischen Haushalt abführen müssen. Zwei Jahre später sind es schon 78,8 Millionen Euro, also 22 Millionen Euro mehr. Von der GAG rede ich noch gar nicht und von anderen Gesellschaften auch nicht, sondern nur vom Stadtwerke-Konzern.

Da sage ich klipp und klar - das ist ein weiterer Unterschied -: Die Sozialdemokratische Fraktion will bezogen auf die städtischen Unternehmen keine Dividendenausschüttungspolitik betreiben. Vielmehr möchten wir Infrastruktur-, Investitions-

und Daseinsvorsorgepolitik betreiben. Das ist ein großer Unterschied. Deswegen machen Sie mit dem Haushalt einen Fehler. Wir sind der Meinung, dass man die Ausschüttungspolitik der städtischen Unternehmen im Sinne von Investitionen in Daseinsvorsorge ändern muss.

Nun komme ich zum Thema Infrastruktur, um auch dieses Beispiel, was notwendige Investitionen angeht, noch einmal zu benennen. Wir brauchen doch insbesondere Investitionen in Bus und Bahn, also in die Verkehrsinfrastruktur, in den öffentlichen Nahverkehr. Das brauchen wir nicht nur, wenn wir die Mobilitätswende schaffen wollen, sondern wir brauchen es auch, wenn wir neue Wohngebiete ausweisen wollen, und zwar nicht Fehlern vergangener Jahre folgend irgendwann zig Jahre später, sondern zeitgleich. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Der Bedarf ist auch gigantisch. Ich nenne nur die Anbindungen von Widdersdorf, Rondorf-Nordwest, Meschenich-Nord, Zündorf-Süd, Stammheim, Flittard, Mülheim-Süd und Neubrück. Da habe ich noch überhaupt nicht von neuen Stadtteilen gesprochen, die ja auch kommen sollen; da hat der Kollege eben vollkommen recht gehabt. Das heißt: Der Bedarf ist riesig.

Die Umsetzung dauert aber viel zu lange. Wir müssen dabei endlich auch einen unmittelbar kommunalen Schwerpunkt setzen und dürfen nicht immer alles schön hintereinander machen.

Das heißt: Wir erwarten, dass man den Kölner Verkehrs-Betrieben auch die notwendigen Mittel lässt, um hier zu einer schnelleren Realisierung zu kommen, und ihnen auch die Möglichkeit lässt, vorzufinanzieren. Diese Dinge müssen unbedingt mit dem Fördermittelgeber verhandelt werden, damit es endlich möglich ist, mit einer insoweit gestärkten KVB zeitgleich Wohnungen und die Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Das halten wir für elementar. Sonst macht Köln nämlich vieles, aber nicht ordentlich wachsen. Auch das sehen Sie falsch.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie bezogen auf den Köln-Pass dem Auseinanderdriften der Gesellschaft, der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, nicht Rechnung tragen, hat der Kollege Detjen eben schon völlig zu Recht gesagt. Sie werden mit der Ablehnung unseres Antrags heute einmal mehr Ignoranz auf diesem Feld beweisen.

Denn wir wissen doch alle, dass wir uns verstärkt denjenigen widmen müssen, die zwar arbeiten,

aber von ihrem Einkommen kaum vernünftig leben können. Soziologen nennen das die Working Poor. Diese Menschen müssen wir unbedingt in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, um zu dokumentieren: Wir möchten, dass es Chancengleichheit gibt, dass es Teilhabemöglichkeiten gibt.

Wenn Sie möglicherweise einwenden, dass dafür der Bund zuständig ist, haben Sie zwar recht. Aber die Stadt Köln darf doch das ihrerseits Notwendige nicht unterlassen. Und wenn wir mit dem Köln-Pass ein bundesweit beachtetes Instrument haben, mit dem wir hier einen kleinen Beitrag leisten können, um auch diese Schicht von Menschen endlich in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen und ihnen zu helfen, dann sollten wir das nicht nur tun, sondern dann müssen wir das tun. Das ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Abschließend komme ich zum Thema Bildung. Auch hier gilt: Wir brauchen die bestmögliche Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Deswegen bleibt es ein Fehler, dass Sie die vom Land gegebene finanzielle Möglichkeit zur Ausweitung der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten wieder nicht aufgegriffen haben. Diesen Fehler haben Sie beim letzten Mal gemacht. Jetzt schreiben Sie ihn fort. Das ist und bleibt ein Fehler, den wir aufs Schärfste kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn gemessen am verfügbaren Einkommen - das sagen auch alle Studien, die dazu zur Verfügung stehen - sind die unteren und mittleren Einkommen mit Gebühren und Abgaben am meisten belastet. Es kommt ja nicht auf die absolute Belastung an, sondern auf die relative. Und die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen - der Mittelstand - sind am stärksten belastet. Deswegen müssen wir hier auch aus kommunaler Sicht eine Entlastung schaffen.

Wir müssen den Schulbaunotstand beheben. Dass wir mit dem Programm Gute Schule 2020, das die neue Landesregierung zum Glück fortschreibt, einen großen Anteil von der Landesebene bekommen können, ist das eine. Wir müssen dem Schulbaunotstand aber auch mit unseren lokalen Möglichkeiten entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle will ich Ihnen insbesondere zu dem Thema „Zustand und Reinigung von Schulgebäuden“ schon

noch eines ganz deutlich sagen. Der Antrag, den wir heute stellen, geht weiter als das, was Sie beschließen. Sie haben im Finanzausschuss schon behauptet: Diesen Antrag braucht man nicht mehr; denn wir von Jamaika-Plus machen das schon.

Das stimmt aber nicht. Was Sie machen, ist ein Teil, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muss natürlich häufiger reinigen. Man muss die Schultoiletten aber auch in einen noch besseren Zustand versetzen, als Sie das jetzt mit diesem Haushalt möglich machen.

Ich möchte allen Schülerinnen und Schülern, allen Eltern und allen Lehrerinnen und Lehrern das Zitat des Kollegen Petelkau von eben noch einmal zu Gehör bringen und sie bitten, sich das auf der Zunge zergehen zu lassen. Er hat wörtlich gesagt:

Weitere Reinigungsleistungen zu fordern, meine Damen und Herren, halten wir an dieser Stelle für überzogen.

Ich halte es für einen Skandal, Herr Kollege Petelkau, so etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Bereich Bildung müssen wir auch einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen. Wir sind wir uns möglicherweise einig, dass an dieser Stelle NetCologne, das hier kürzlich ein wichtiges Programm dargestellt hat, ein großes Lob und ein Dank gebührt. Man muss NetCologne aber auch die Möglichkeit geben, es zu finanzieren. Wenn dieses Programm in den nächsten Jahren 30 Millionen Euro kostet, wird das auf Dauer nicht gehen, wenn wir nicht dem Stadtwerke-Konzern und damit auch NetCologne diese Mittel überlassen. Je mehr man abschöpft - ich sage noch einmal: 78,8 Millionen Euro im übernächsten Jahr -, umso weniger wird NetCologne seine Digitalisierungsoffensive beispielsweise für Schulen, aber auch für Stadtteile umsetzen können.

Deswegen passt es nicht zusammen, auf der einen Seite NetCologne digitalisieren zu lassen und auf der anderen Seite möglichst viel Kohle haben zu wollen. Sie müssen sich für einen Weg entscheiden.

Unsere Antwort ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur, und dazu gehört auch die Digitalisierung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der langen Rede kurzer Sinn: An einem Haushalt muss sich ablesen lassen, wohin sich eine Stadt entwickeln soll. Ein Haushalt ist eine Blaupause für stadtpolitisches Handeln. Was sind die Schwerpunkte? Wohin soll sich eine Stadt entwickeln? All das muss man aus einem Haushalt und seinem Stellenplan ablesen können. Was man dort sehen können muss, ist die Frage von sozialer Gerechtigkeit, die Frage von wirtschaftlicher Vernunft, die Frage von nachhaltiger Mobilität und summa summarum die Frage: Entwickelt sich die Stadt zukunftsfähig, oder wird sie verwaltet, und das auch nur bestenfalls?

Hinter den Zielen, die wir in Köln für wichtig halten - eine wachsende, moderne Metropole, in der es gerecht zugeht und in der die Mobilität eine zukunftsfähige Wende erhält -, bleibt das, was Sie heute beschließen werden, deutlich zurück. Ihr heutiger Beschluss ist mutlos. Er ist eine Enttäuschung.

Herr Kollege Sterck hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie alle miteinander Bergfest feiern. Das heißt: Die Zeit der Ausreden, es immer auf andere schieben zu können, ist endlich vorbei. Sie müssen jetzt liefern. Sie sind in der Pflicht.

Liefen tun Sie nicht. Deswegen ist dieser Haushalt eine Enttäuschung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch wenn man falsche Dinge wiederholt, lieber Kollege Börschel, werden sie nicht automatisch richtig.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Diskussion um die Elternbeiträge und die entsprechende Refinanzierung des Landes ist auch schon im Rahmen des letzten Haushalts von Ihnen falsch dargestellt worden. Wir haben hier keine Konnexität. Und Sie haben immer noch nicht erkannt, weil Sie nämlich nicht bei den Menschen sind, was überhaupt die Probleme der Eltern sind. Deren Probleme sind die Qualität und die Quantität der Kindergartenplätze. Das ist das, was zurzeit Priorität hat.

Die Haushaltslage auf Landesebene - Sie kennen es als Ausschussvorsitzender - ist nicht so, dass Geld in Hülle und Fülle da wäre. Das Gleiche gilt für den städtischen Haushalt. Deshalb ist es die vornehme Aufgabe der Politik, zu priorisieren. Und wenn die Menschen Qualität und Quantität der Plätze haben wollen und benötigen, dann ist das auch die Aufgabe, die die Politik annehmen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Nebelkerzen, die Sie hier zu legen versuchen, lieber Kollege, geht es aber auch noch weiter. Sie wollen die Leute glauben machen, wir hätten in diesem Haushalt und im städtischen Konzern überhaupt nichts für Investitionen bereitgestellt; das sei alles viel zu wenig, um die moderne, wachsende Stadt entsprechend darzustellen.

(Martin Börschel [SPD]: Viel zu wenig ist es auch! Das ist richtig! Viel zu wenig!)

Das ist doch falsch. Sie wissen ganz genau, wie viel Geld bei den städtischen Gesellschaften investiert wird. Es sind Milliardenbeträge, die in den nächsten Jahren in den Mittelfristplanungen vorgesehen sind - sowohl bei der GAG, die große Wachstumsprogramme hat, als auch beim Stadtwerke-Konzern mit seinen Töchtern NetCologne, KVB und RheinEnergie. In den nächsten Jahren werden Milliardenbeträge in diese Stadt, in die Infrastruktur, in die Weiterentwicklung und in das Wachstum investiert.

Es ist auch ein Ammenmärchen, zu glauben, dass die Stadt alles, insbesondere den Wohnungsbau, alleine machen könne. Bei den Mengen und Größenordnungen, die wir benötigen, um die wachsende Stadt darzustellen, müssen wir doch vor allen Dingen dafür sorgen, dass die privaten Investoren in einem stärkeren Maße in dieser Stadt tätig werden.

(Martin Börschel [SPD]: Die tun doch nichts!)

Die Rahmenbedingungen von der Finanzseite sind doch wunderbar. Die Zinsen sind auf einem historisch niedrigen Niveau.

Wir müssen sehen, dass wir die Bedingungen, die wir durch die Verwaltung schaffen, verbessern. Dafür haben wir eine Verwaltungsreform, um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Schauen Sie sich doch einmal die Listen der Projekte an, die in den letzten Monaten im

Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt worden sind. Gucken Sie sich auch einmal an, welche Gebiete im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen ausgewiesen worden sind. Wir haben doch innerhalb kürzester Zeit eine neue Situation geschaffen.

Wir dürfen ja nicht vergessen, was wir vorgefunden haben. Zehn Jahre lang haben Sie nichts gemacht.

(Widerspruch bei der LINKEN - Martin Börschel [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Und jetzt beschweren Sie sich, dass das nicht von heute auf morgen entsprechend bereitgestellt werden kann.

Das stimmt doch nicht. Die Planungen sind auf den Weg gebracht worden. Jetzt kommt die Genehmigungsphase. Auch hier gibt es personelle Zusetzungen, die in die Stellenpläne aufgenommen worden sind. Alle diese Dinge werden doch auf den Weg gebracht.

Ein Beispiel, das ich in Ihrer Rede wirklich an Abstrusität nicht zu überbieten fand, möchte ich noch einmal highlighten, nämlich das Thema Widdersdorf. Wir haben als Schwarz-Grün - auch die FDP war damals noch beteiligt, glaube ich -, als wir Widdersdorf-Süd beschlossen haben, die Schienenanbindung dieses neuen größeren Stadtteils vorgesehen.

(Michael Frenzel [SPD]: Aber nicht gemacht!)

Was haben Sie denn zehn Jahre lang gemacht? Sie haben zehn Jahre lang nichts gemacht. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, es müsse alles im Prinzip heute und morgen da sein.

Genau das ist Ihr Problem. Ihre Glaubwürdigkeit ist an dieser Stelle komplett neben der Spur. Diese Nebelkerzen haben ja auch bei den letzten Wahlen nicht gewirkt. Sonst wären Sie in Köln doch nicht so abgestraft worden.

Das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir sagen den Leuten ehrlich, was geht und was wir machen wollen.

Ich glaube, dass das Paket, das wir auf der städtischen Seite gebündelt haben, in Kombination mit den Investitionen, die wir in dieser Stadt entfesseln wollen - durch weniger Bürokratie auf Kölner Ebene, aber auch auf Landesebene, wo wir die Entfesselungsgesetze zusammen mit unserem liberalen Partner auf den Weg bringen -,

das richtige Rezept ist, um diese Stadt entsprechend voranzubringen.

Lassen Sie mich nun noch etwas im Hinblick auf die Schultoiletten sagen. Hier ging es konkret um einen Fall. Natürlich können wir noch mehr Reinigung machen. Aber Sie müssen auch ehrlich sein und sagen, was die Finanzierung von kürzeren Reinigungsintervallen kostet. Das haben Sie aber gar nicht in Ihren politischen Veränderungsnachweis eingebracht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Sie stellen jetzt einen Änderungsantrag, ohne den Menschen zu sagen, was das finanziell bedeutet. Und das ist überzogen, lieber Kollege. Das habe ich hier kritisiert. Es geht nicht darum, dass wir die Situation an den Schulen nicht insgesamt verbessern wollen. Das ist unser aller Ziel und Aufgabe. - Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal klar sagen.

Ich glaube - damit komme ich zum Schluss -, dass wir mit diesem Haushalt einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einer ausgeglichenen Struktur gehen, dass wir wichtige Schwerpunkte für Investitionen in dieser Stadt gesetzt haben und dass die Stadt Köln es gemeinsam mit privaten Investoren schaffen wird, diese Stadt in ihrem Wachstumsmodus auch so umzubauen, dass die Menschen weiterhin zufrieden und glücklich in Köln leben. Und das ist das Ziel, das wir alle gemeinsam anstreben sollten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Ratsgruppe BUNT hat noch ein bisschen Redezeit übrig. Möchte jemand von Ihnen jetzt noch einmal sprechen?

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Nein!)

Ansonsten sind nur noch Sekundenanteile übrig, meine Damen und Herren. Wenn Sie sie noch ausnutzen möchten, können Sie das gerne tun. 23 Sekunden hätten Sie noch. Herr Wortmann hätte sogar noch über zwei Minuten. - Ich sehe, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

Dann bedanke ich mich für Ihren lebendigen Austausch und lasse jetzt über die Anträge abstimmen. Ich werde nicht mehr nach Wortmeldungen fragen; das liegt in der Natur der Sache. Nur noch bei Tagesordnungspunkt 3.1 werden Nachfragen zugelassen.

Ich rufe auf:

## **1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

### **1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Reinigung in Schulen verbessern“ AN/1266/2017**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, pro Köln und die Ratsgruppe BUNT. Wer ist dagegen? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Herr Wortmann enthält sich, und ich enthalte mich auch. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

### **1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe BUNT betreffend „Armutfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten“ AN/0512/2017**

Hier frage ich wieder, wer für den Antrag ist. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

### **3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Politischer Veränderungsnachweis von CDU, Grünen, FDP und GUT - Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017“ AN/1581/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 06.11.2017 3354/2017**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung?

(Martin Börschel [SPD]: Wir kommen darauf zurück! Wir müssen es in Ruhe lesen!)

- Okay.

Ich rufe auf:

## **5 In die Haushaltplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen**

Tagesordnungspunkt

### **5.1 Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Mahd und Pflege des Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken 4009/2016**

Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen.  
Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

## **7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

Tagesordnungspunkt

### **7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2015 3151/2017**

Hier wird über den Beschlusspunkt 2 abgestimmt.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

### **8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Tagesordnungspunkt

### **8.1 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms/Multimediateilprojektion und Bühnenprogramm 3160/2017**

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von Herrn Wortmann, der AfD, pro Köln und der Ratsgruppe BUNT ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

## **9 Stellenpläne**

Tagesordnungspunkt

### **9.1 Stellenplan für das Jahr 2018 (inklusive Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 2834/2017**

Ich lasse über die ergänzte Fassung des Finanzausschusses vom 13. Oktober 2017 einschließlich des Änderungsantrags und einschließlich des Nachtrags in der Anlage 6 abstimmen.

Wer ist dafür? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Es enthalten sich pro Köln, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Damit ist dieser Stellenplan so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018 2847/2017**

Wer diesem Stellenplan zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Es enthalten sich pro Köln und die AfD-Fraktion. Damit ist er so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018 2900/2017**

Auch hier frage ich: Wer ist dafür? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von pro Köln und der AfD-Fraktion. Damit ist dieser Stellenplan so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2018 2915/2017**

Wer für diesen Stellenplan stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von pro Köln und der AfD-Fraktion. Damit ist er so beschlossen.

Jetzt kommen wir schließlich zu:



**10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021  
3201/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE  
AN/1599/2017**

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD und der LINKEN und dann über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Abstimmung gliedert sich also in zwei Teile.

Zunächst bitte ich Sie, zu votieren, wer den Änderungsantrag von SPD und LINKEN mittragen will. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und der Ratsgruppe BUNT. Damit ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über die Beschlussvorlage abstimmen. Wer dieser Beschlussvorlage zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Das war die heutige Ratssitzung. Ich wünsche Ihnen noch einen guten Tag.

(Schluss: 11.33 Uhr)